

Stand: 23.04.2024 22:28:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13802

"Haushaltsplan 2013/2014;

hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern

(Kap. 06 05 Tit. 422 01)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/13802 vom 01.10.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14996 des HA vom 27.11.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15247 vom 13.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012 (EPL 06)

## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert SPD**

### Haushaltsplan 2013/2014;

**hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Haushaltsjahr 2013 werden im Stellenplan der Finanzämter zusätzlich 1.000 Stellen bei der Steuerfahndung, der Betriebsprüfung und der Umsatzsteuersonderprüfung geschaffen (in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 13, durchgeschlüsselt entsprechend dem Stellenplan).

Die dafür notwendigen Mittel werden im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten) bereitgestellt.

Im Jahr 2013 wird deshalb der Ansatz im Kap. 06 05 Tit. 422 01 von 593.135,8 Tsd. Euro um 9.210 Tsd. Euro auf 602.345,8 Tsd. Euro erhöht und im Jahr 2014 von 607.508,8 Tsd. Euro um 36.839,9 Tsd. Euro auf 644.348,7 Tsd. Euro.

### Begründung:

Die bayerische Steuerverwaltung ist bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuersonderprüfung und im Innendienst dramatisch unterbesetzt und Bayern im Ländervergleich bei der Personalausstattung Schlusslicht:

Personal zu Einwohnerzahl	14. Platz,
Personal zu Einkommen-/Körperschaftsteuerfällen	16. Platz,
Betriebsprüfer zu Zahl der Betriebe	16. Platz,
Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen	16. Platz,
Personalbedarf zu Ist-Besetzung in der Steuerfahndung	16. Platz.

Das führt zu ungerechtem Steuervollzug und Steuerausfällen in Milliardenhöhe. Der ehrliche Arbeitnehmer, dessen Lohnsteuer Monat für Monat korrekt beim Finanzamt landet, ist der Dumme. Dagegen werden Großbetriebe in Bayern nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe nur alle 16,6 Jahre und Kleinbetriebe nur alle 37,1 Jahre geprüft. Dabei erbringen sogar Prüfungen von Klein- und Kleinstbetrieben Mehrergebnisse von deutlich mehr als 400 Tsd. Euro.

Zur Personalausstattung in der bayerischen Finanzverwaltung führt der Bayerische Oberste Rechnungshof im Jahresbericht 2012 aus: Unter Berücksichtigung der Personalbedarfsberechnung ergibt sich für 2011 rechnerisch ein Personalbedarf von 19.844 VZK. Nach dem Haushaltsplan standen 16.457 Stellen zur Verfügung, zum 01.01.2011 waren 14.554 Stellen tatsächlich besetzt. Die Differenz zwischen vorhandenen Arbeitskräften zum errechneten Personalbedarf beträgt damit 5.290 VZK, zu den Planstellen 1.903 VZK.

Allein beim Finanzamt München sind (Stand Mai 2012) in der Veranlagung, der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung von 2.860 Stellen 514 nicht besetzt, obwohl das FA München mit 36 Mrd. Euro 42 Prozent des bayerischen Steueraufkommens erbringt.

Die 200 Stellen für Beamte und 600 Stellen für Anwärter, die im Haushaltsentwurf 2013/2014 geschaffen werden sollen, reichen u.E. bei weitem nicht aus, um das vom ORH dokumentierte Defizit bei den Stellen zu beseitigen. Es sind deshalb zusätzliche Stellen erforderlich und diese Stellen müssen auch besetzt werden. Jeder Prüfer bringt wesentlich mehr, als er kostet. Das jährliche rechnerische Mehrergebnis pro Prüfer lautet jeweils für die einzelnen Bereiche:

Bei der Betriebsprüfung	1.400.111 Euro,
bei der Steuerfahndung	740.152 Euro,
bei der Umsatzsteuersonderprüfung	1.197.512 Euro.

Bei 1.000 zusätzlichen Steuerfahndern, Betriebsprüfern und Umsatzsteuersonderprüfern fließen nach Abzug des Bundesanteils an den Steuermehreinnahmen und Länderfinanzausgleich rund 300 Mio. Euro zusätzlich in die Kassen von Freistaat und bayerischen Kommunen.

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

#### Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Berichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**

Mitberichterstatter: **Eike Hallitzky**

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 05 (Finanzämter) wird
  - a) bei Tit. 518 01 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume)
    - aa) der ausgebrachte Vermerk aufgehoben und
    - bb) der Ansatz für 2013 und 2014

von	13.500.000,-- €
um	7.400.000,-- €
auf	6.100.000,-- €

vermindert,
  - b) bei Tit. 519 01 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) für 2013 und 2014

von	4.500.000,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	5.500.000,-- €

erhöht.
2. In der Anlage S wird bei Kap. 06 05 (Finanzämter) bei Tit. 711 01 (Finanzamt München, De-roystraße 4-22) wird der Ansatz für 2013 und 2014

von	0,-- €
um	6.400.000,-- €
auf	6.400.000,-- €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 06 16 und der Anlage S entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Vervielfachung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit des Finanzministeriums (Kap. 06 01 Tit. 531 11, Kap. 06 02 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13797
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Orden aus dem Finanzministerium (Kap. 06 01 Tit. 540 01)  
Drs. 16/13798
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen (Kap. 06 02 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13794
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Kürzung der Ausgaben für die Nutzung von Räumen der staatlichen Schlösserverwaltung (Kap. 06 02 Tit. 981 16)  
Drs. 16/13795

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Prestigeveranstaltungen in repräsentativen Gemäuern des Freistaats  
(Kap. 06 02 Tit. 981 16)  
Drs. 16/13799
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Anwärterstellen Finanzämter  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)  
Drs. 16/13796
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)  
Drs. 16/13800
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuerberechtigung in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 16/13802
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamts München nach Höchstädt a.d. Donau  
(Kap. 06 05 Tit. 710 00 und Tit. 729 22)  
Drs. 16/13801
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Streichung der Mittel für die Bewertungsstelle Höchstädt a.d. Donau des Finanzamts München  
(Kap. 06 05 Tit. 729 22 Anlage S)  
Drs. 16/13803

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Zwei neue Oberamtsmeisterstellen für die Finanzgerichtsbarkeit  
(Kap. 06 13 Tit. 422 01)  
Drs. 16/13804
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Sicherheit an den Finanzgerichten  
(Kap. 06 13 neuer Tit. 821 31)  
Drs. 16/13805

## II. Bericht:

- Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
- Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 181. Sitzung am 09. Oktober 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 

CSU:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FDP:	Zustimmung

 mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Georg Winter**  
Vorsitzender

**Anlage**

Freistaat Bayern

**Nachschubliste**

**Doppelhaushalt 2013/2014**

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen

## 06 16 Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013		Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2014		Neuer Betrag 2014 Tsd. €
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		
1	2	3		4	5		6
	<b>Ausgaben</b>						
	<b>Baumaßnahmen</b>						
710 00-4 188	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 17.500,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 17.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 15.000,0 B +1.000,0		16.000,0	A 17.500,0 B +3.700,0		21.200,0
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 98.118,5 B +1.000,0		99.118,5	A 100.733,6 B +3.700,0		104.433,6
	<b>Abschluss</b>						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 47.687,4 B -		47.687,4	A 47.687,4 B -		47.687,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 3.520,0 B -		3.520,0	A 3.520,0 B -		3.520,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 1.294,8 B -		1.294,8	A 1.294,8 B -		1.294,8
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A 52.502,2 B -		52.502,2	A 52.502,2 B -		52.502,2
	Personalausgaben	A 43.198,8 B -		43.198,8	A 43.932,1 B -		43.932,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 32.110,2 B -		32.110,2	A 31.512,0 B -		31.512,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 3,0 B -		3,0	A 3,0 B -		3,0
	Baumaßnahmen	A 20.994,0 B +1.000,0		21.994,0	A 23.494,0 B +3.700,0		27.194,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 1.812,5 B -		1.812,5	A 1.792,5 B -		1.792,5
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 98.118,5 B +1.000,0		99.118,5	A 100.733,6 B +3.700,0		104.433,6
	<b>Zuschuss</b>	A 45.616,3 B 1.000,0		46.616,3	A 48.231,4 B 3.700,0		51.931,4

**Epl. 06 Epl. Staatsministerium der Finanzen**

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013		Neuer Betrag 2013	A Bisheriger Betrag 2014		
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €	
1	2	3		4	5		6
	<b>Abschluss Epl. 06</b>						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 272.814,9 B -	272.814,9	A 273.309,9 B -	273.309,9		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 138.944,8 B -	138.944,8	A 123.012,7 B -	123.012,7		
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 43.821,1 B -	43.821,1	A 45.192,2 B -	45.192,2		
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A 455.580,8 B -	455.580,8	A 441.514,8 B -	441.514,8		
	Personalausgaben	A 1.520.143,0 B -	1.520.143,0	A 1.562.434,9 B -	1.562.434,9		
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 8.013,8 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 9.242,6	A 230.910,5 B -	230.910,5	A 230.668,6 B -	230.668,6		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 52.000,0	A 64.370,0 B -	64.370,0	A 59.750,0 B -	59.750,0		
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 46.800,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 46.800,0	A 50.894,0 B +1.000,0	51.894,0	A 52.894,0 B +3.700,0	56.594,0		
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 4.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 12.700,0	A 45.535,0 B -	45.535,0	A 48.333,5 B -	48.333,5		
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 37.901,6 B -	37.901,6	A 38.762,1 B -	38.762,1		
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 1.949.754,1 B +1.000,0	1.950.754,1	A 1.992.843,1 B +3.700,0	1.996.543,1		
	<b>Zuschuss</b>	A 1.494.173,3 B 1.000,0	1.495.173,3	A 1.551.328,3 B 3.700,0	1.555.028,3		

**Anlage S**

**Sonderausweis**  
**der staatlichen Hochbaumaßnahmen**  
mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall  
für den Bereich des  
**Epl. 06**

Epl. 06  
Anlage S

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013		Neuer Betrag 2013	A Bisheriger Betrag 2014		Neuer Betrag 2014
		Wegfall (-)	Hinzu (+)		Wegfall (-)	Hinzu (+)	
1	2	3		4	5		6
		Tsd. €		Tsd. €	Tsd. €		Tsd. €
<b>06 16</b>	<b>Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen</b>						
718 23-9	Schlossbesitz Linderhof	A	---	---	A	800,0	1.800,0
188	Bauliche Sanierung und Restaurierung der Venusgrotte - z. T. Planung - <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	B			B	+1.000,0	
725 04-3	Schloss Neuschwanstein	A	200,0	700,0	A	850,0	1.550,0
188	Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen im Bereich der Prunkräume und des Führungslinienbereichs - Planung - <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	B	+500,0		B	+700,0	
741 15-0	Festung Marienberg Würzburg	A	---	500,0	A	---	2.000,0
188	Generalsanierung einschl. des Bereichs des Mainfränkischen Museums - Planung -	B	+500,0		B	+2.000,0	
	<b>Summe Kapitel 06 16</b>	A	15.000,0	16.000,0	A	17.500,0	21.200,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 17.500,0</i>	B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 17.500,0</i>						
	<b>Summe Epl. 06</b>	A	39.000,0	40.000,0	A	41.000,0	44.700,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 41.000,0</i>	B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 41.000,0</i>						

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten	bis 31.12.2011 verausgabt	ab 2015 noch benötigt	Erläuterungen
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
7	8	9	10	11
02.09.2008	1.900,0	1.598,6		- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Mit den zusätzlich veranschlagten Mitteln soll die Detailplanung beschleunigt werden.
-	-	-		- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Durch die zusätzlich veranschlagten Mittel soll die Planung beschleunigt werden.
-	-	-		- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung erfolgen.

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt: Drs. 16/14996**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen  
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13794
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Kürzung der Ausgaben für die Nutzung von Räumen der staatlichen Schlösserverwaltung  
(Kap. 06 02 Tit. 981 16)  
Drs. 16/13795
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Anwärterstellen Finanzämter  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)  
Drs. 16/13796
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Vervielfachung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit des Finanzministeriums  
(Kap. 06 01 Tit. 531 11, Kap. 06 02 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13797
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Orden aus dem Finanzministerium  
(Kap. 06 01 Tit. 540 01)  
Drs. 16/13798
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Prestigeveranstaltungen in repräsentativen Gemäuern des Freistaats  
(Kap. 06 02 Tit. 981 16)  
Drs. 16/13799
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)  
Drs. 16/13800
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamts München nach Höchstädt a.d. Donau  
(Kap. 06 05 Tit. 710 00 und Tit. 729 22)  
Drs. 16/13801
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 16/13802

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Streichung der Mittel für die Bewertungsstelle  
Höchstädt a.d. Donau des Finanzamts München  
(Kap. 06 05 Tit. 729 22 Anlage S)  
Drs. 16/13803
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Zwei neue Oberamtsmeisterstellen für die  
Finanzgerichtsbarkeit  
(Kap. 06 13 Tit. 422 01)  
Drs. 16/13804

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Naaß u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Sicherheit an den Finanzgerichten  
(Kap. 06 13 neuer Tit. 821 31)  
Drs. 16/13805

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Otto Bertermann

Abg. Markus Reichhart

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Renate Ackermann

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Haushaltsplan 2013/2014;**

**Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

hierzu:

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13802 mit 16/13805),

**Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13794 mit 16/13796)

sowie

**Änderungsanträge** der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/13797 mit 16/13801)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem Philipp Graf von und zu Lerchenfeld das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass das Interesse aller Kollegen und Kolleginnen auch am dritten Tag der Haushaltsdebatte ungebrochen ist, auch wenn man momentan erwartungsgemäß eine gewisse Leere hier im Raum verspürt.

Bevor ich auf den Einzelplan 06 im Detail eingehe, ist es mir ein ganz großes Bedürfnis, Markus Söder für seine hervorragende Arbeit als Finanzminister ausdrücklich zu danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER):

Ist das mit dem Ministerpräsidenten abgesprochen?)

Es wird ihm von vielen Seiten nicht immer leicht gemacht. Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben uns einen Doppelhaushalt vorgelegt, der in Deutschland, ja in Europa, einmalig ist. Bayern wird das erste Land sein, das Ende des Jahres 2014 10 % seiner Staatsschulden getilgt hat. Selten hat eine Staatsregierung so von den Verdiensten der Vorgängerregierungen profitieren können wie die jetzige. Letztlich ist dieser hervorragende Doppelhaushalt das Verdienst der Regierung von Edmund Stoiber, der es gemeinsam mit seinem damaligen Kabinett geschafft hat, dass Bayern im Jahr 2006 als erstes Land in Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt vorstellen konnte. Mit Konsequenz und Weitsicht hat Edmund Stoiber in den Jahren seiner Regierungszeit die Voraussetzungen geschaffen, die Bayern heute so einzigartig machen. Der heutige Finanzminister hat schon damals wesentlich dazu beigetragen, dass eine klare, stringente Politik verfolgt wurde, und kann heute die Erfolge der damaligen konsequenten Politik tatsächlich ernten.

(Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Und das sogar ohne die FDP!)

Wenn heute manche Leute glauben, sich diese Erfolge ans eigene Revers heften zu können, so glaube ich, dass sie eher an einem Mangel an Bescheidenheit leiden und sich vielleicht ein wenig selbst überschätzen. Die Grundlagen der Erfolge wurden von der damaligen Regierung gelegt und die Politik wird vom heutigen Finanzminister weitergeführt. Für diese konsequente Haltung auch seinen Kabinettskollegen gegenüber hat dem Finanzminister unser Respekt und unser Dank zu gelten. Ich sage ihm ein herzliches Vergelt's Gott für seine klare und konsequente Haltung, die es uns ermöglicht, heute einen so hervorragenden Doppelhaushalt zu verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und dem Herrn Staatssekretär sowie allen Mitarbeitern des Ministeriums sehr herzlich dafür zu danken, dass sie alle eine so hervorragende Arbeit bei der Vorbereitung des Doppelhaushalts 2013/2014 geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei den Vorstellungen der verschiedenen Ministerien und den Forderungen, die wohl von allen Seiten auf das Finanzministerium eingeströmt sind, war das sicherlich nicht immer leicht.

Mit diesem Haushalt werden die wesentlichen Schwerpunkte für eine weitere vernünftige Entwicklung Bayerns und für die Lösung der Zukunftsaufgaben gesetzt. Ende des Jahres 2014 werden über 2 Milliarden Euro getilgt sein. Deshalb wird es uns auch gelingen, bis zum Jahr 2030 als erstes Land in Deutschland tatsächlich sämtliche Schulden zu tilgen, die wir je gemacht haben. Damit werden wir wiederum ein Beispiel geben, ganz konsequent in unserer Politik, ein Beispiel auch für die anderen deutschen Bundesländer und hoffentlich auch für die Länder in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Die Aufgaben im Ministerium sind selbstverständlich sehr personalintensiv, was sich auch in der Ausgabenstruktur widerspiegelt. Die Personalausgabenquote liegt bei 78 %. Das sind 1,6 Milliarden Euro bei einem Volumen des Gesamthaushalts in Höhe von 2 Milliarden Euro. Mit diesen Mitteln werden im Jahr 2014 insgesamt 26.700 Stellen finanziert werden, davon rund 19.300 Stellen in der Steuerverwaltung. Schwerpunktbereiche sind auch die Staatsfinanzverwaltung, die Schlösserverwaltung, das Landesamt für Finanzen mit 3.300 Stellen und die Vermessungsverwaltung mit circa 3.100 Stellen.

Wir werden bei den Personalausgaben eine Steigerung um rund 59,4 Millionen Euro auf 1,52 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf 1,56 Milliarden Euro im Jahr 2014 haben. Davon entfallen 49,2 Millionen Euro auf Mehrungen bei den Beihilfeausgaben und auf Tarif- und Besoldungserhöhungen. Aber wir werden auch zusätzlich 200 neue Stellen für Steuerbeamte und 600 neue Stellen für Nachwuchskräfte schaffen und verbessern auf diese Art und Weise die Personalsituation der Steuerverwaltung nachhaltig. Zur Verbesserung der Beförderungssituation enthält der Haushaltsplanentwurf mehr als 1.500 Hebungen. Gut zwei Drittel davon entfallen auf die Steuerverwaltung.

Die Opposition hat in zahlreichen Anträgen weitere Stellen für die Finanzverwaltung gefordert. Dem können wir getrost entgegenhalten, dass wir bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 die Voraussetzungen geschaffen haben, um in den Jahren 2012, 2013 und 2014 viele neue Beamte zu übernehmen und die Personalsituation langfristig zu verbessern. In diesem Doppelhaushalt werden weitere Stellen geschaffen, die uns wiederum eine Verbesserung der Personalsituation bringen. Hinzu kommt, dass wir alle Chancen nutzen, um die Mitarbeiter in den einzelnen Ämtern mit entsprechenden Arbeitsmitteln, insbesondere mit EDV, auszustatten. Beispielsweise werden im Datenerfassungszentrum in Wunsiedel schon jetzt 23 Finanzämter wirkungsvoll von Erfassungsarbeiten entlastet. Dort wird die Zahl der Mitarbeiter aufgestockt, und es wird weiter konsequent investiert. Unsere Aufgabe muss sein, dass wir uns für die kommenden Jahre wappnen.

Hohes Haus, verehrte Kollegen, wir können uns freuen, dass das Wirtschaftswachstum in Bayern stark ist und wir deutlich steigende Staatseinnahmen haben. Es mehren sich allerdings die Anzeichen, dass das Wirtschaftswachstum in Europa stagniert und teilweise zurückgeht und dass davon auch die bayerische Wirtschaft betroffen sein wird. In bedeutenden Industriezweigen denkt man mittlerweile schon über Kurzarbeit nach. Die Ankündigung, dass das Opelwerk in Bochum geschlossen wird, zeigt sehr deutlich, wie labil die Konjunktur gerade der Autoindustrie ist. Die derzeit noch guten Konjunkturaussichten, insbesondere in Bayern, können sich sehr schnell eintrüben

und wieder zu einem Rückgang unserer Einnahmen führen. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die Rücklagen in unserem Haushalt mit kluger, nachhaltiger und vorsorglicher Haushaltspolitik stärken und die Zeit nutzen, Schulden abzubauen. Wir können nicht alle Wünsche und Vorstellungen tatsächlich erfüllen. Sonst würden wir uns in die Gefahr begeben, der andere Bundesländer erliegen, die in diesen guten Zeiten nicht nur mit ihrem Geld nicht auskommen, sondern weitere Schulden aufnehmen müssen.

Da sich die Vorwürfe der Opposition in schöner Regelmäßigkeit jedes Jahr wiederholen, zum Beispiel der Vorwurf, wir hätten zu wenig Betriebsprüfer, möchte ich kurz auf die Situation bei den Außenprüfungen eingehen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir in Bayern sämtliche Steuerfälle prüfen, sowohl maschinell als auch durch geeignetes entsprechendes Personal in den Finanzämtern. Das durchschnittliche Mehrergebnis unserer Betriebsprüfer – davon haben wir ca. 3.000 in Vollzeit – von 2,3 Millionen Euro liegt um 150 % über dem Durchschnitt des Bundesgebiets. Das ist dem Umstand zu verdanken, dass alle Großbetriebe – dies betone ich ausdrücklich – und alle Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen vollständig und zeitlich lückenlos überprüft werden. Bayern liegt damit an der Spitze der Mehrergebnisse aufgrund der Außenprüfungen.

Die Rechnung, die Sie von der Opposition immer wieder aufmachen, dass mit der Einstellung zusätzlicher Kräfte auch das Aufkommen aus den Betriebsprüfungen linear steigen wird, stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu den guten Erfolgen unserer Prüfer trägt aber auch bei, dass wir in den vergangenen Jahren konsequent in die EDV-Ausstattung unserer Finanzämter investiert haben. Auch auf der Grundlage dieses Doppelhaushalts werden wir hier wieder kräftig investieren.

Sie behaupten immer, wir müssten noch viel mehr Stellen schaffen, damit mehr Steuern eingenommen werden. Aber was tun Sie denn in den Ländern, in denen Sie an der Regierung sind? Sie verhindern ein vernünftiges Steuerabkommen mit der Schweiz, das Deutschland zusätzliche Gelder in Höhe von 10 Milliarden Euro einbringen würde. Diese Gelder könnten den Ländern in voller Höhe zur Verfügung stehen und würden nicht in den Bundestopf gelangen. Sie haben natürlich keine Ahnung von Steuern – das gebe ich zu -, aber ich kann Ihnen diese Dinge vielleicht erklären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vielleicht erinnern sich manche, gerade die Älteren – Herr Wörner, Sie gehören doch sicher dazu -, noch daran, dass Herr Eichel vor einigen Jahren, als er noch Finanzminister war, eine Amnestie für Steuersünder erlassen hatte, bei der 15 % der Kapitalerträge einer Steuer unterworfen wurden. Heute sagen die gleichen SPD-Leute, die 20 bis 40 % der Steuer, die als Strafe vorgesehen sind, reichten nicht aus, und weigern sich deshalb, einem vernünftigen Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz zuzustimmen. Ich kann nur sagen: Sie versündigen sich hier an Deutschland und den Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Wir wollen Steuersünder nicht unterstützen!)

Sie blockieren aus ideologischen Gründen jede vernünftige Politik im Bundesrat. Gestern Abend wurde im Vermittlungsausschuss festgestellt, dass der Grundfreibetrag nunmehr angehoben werden sollte. Das haben Sie verhindern wollen, obwohl das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, dass das Existenzminimum durch den Grundfreibetrag von der Steuer ausgenommen werden muss. Wann sind Sie denn bereit, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts tatsächlich anzunehmen und umzusetzen?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen sagt, so etwas sei nur möglich, wenn man es sich leisten könne, dann kann ich dazu nur sagen: Das ist eine Haltung, die ich nicht mittragen kann.

Meine lieben Freunde, der Haushalt, den wir hier vorgelegt haben, ist wunderbar ausgeglichen. Wir zahlen Steuern zurück. Wir sorgen uns um Gerechtigkeit bei den Steuern. Wir sind in unserer Haltung konsequent und glaubwürdig.

Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, von Herzen allen Mitarbeitern der Finanzverwaltung für ihren Einsatz zu danken. Denn unsere Finanzverwaltung ist sowohl auf dem Gebiet der Steuererhebung wie auch auf dem Gebiet der Weiterentwicklung des Steuersystems im Vergleich zu anderen Bundesländern führend. Ich möchte allen Mitarbeitern des Hohen Hauses und der Ministerien danken, die uns bei den Beratungen im Ausschuss wirklich sehr gut unterstützt und uns geholfen haben, eine vernünftige Lösung für den Doppelhaushalt zu finden. Ganz besonders möchte ich auch den Mitarbeitern hier im Plenum danken, die es in einzigartiger Weise ertragen haben, dass wir hier gestern Abend sehr lange getagt haben. Ich finde es wirklich beachtenswert, dass die Mitarbeiter das alles mitmachen, ohne zu klagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden auf der Grundlage dieses Haushalts auch einige sehr gute Baumaßnahmen durchführen können. Ich freue mich, dass insbesondere das Schloss Linderhof – ich erwähne die Venusgrotte – in den Planungsbereich aufgenommen worden ist. Wir werden weiter mit dem Erbe unserer Vorväter gut umgehen. Die Planungen zur Restaurierung der Prunkräume des Schlosses Neuschwanstein und die Generalsanierung des Mainfränkischen Museums in der Festung Marienberg sind ebenfalls Teil des Doppelhaushalts 2013/14.

Mit den Kollegen der Opposition haben wir uns interessante Redegefechte geliefert. Aber, das betone ich ausdrücklich, wir haben nie den Boden der Sachlichkeit verlas-

sen. Deshalb möchte ich mich auch bei allen Kollegen im Ausschuss für die sachliche Auseinandersetzung und die konstruktive Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken.

Wir belegen mit diesem Doppelhaushalt wiederum, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik in voller Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen betreiben. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Graf Lerchenfeld, der Kollege Rinderspacher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat das Wort.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Kollege Graf Lerchenfeld, Sie haben eben den Finanzminister gelobt. Im weiteren Verlauf der Plenardebatte wird noch deutlich werden, dass die Opposition diesem Lob vielleicht nicht in jeder Weise folgen wird. Das wird nicht verwundern. Aber es ist schon überraschend, dass der Ministerpräsident ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Haushaltsdebatte seinem Finanzminister gewiss nicht den Rücken stärkt. Wir haben heute seine Aussage gelesen, der Finanzminister leide unter pathologischem Ehrgeiz, er sei von Ehrgeiz zerfressen, er leiste sich zu viele Schmutzeleien, er habe charakterliche Schwächen. Und dann heißt es, Markus Söder war mal oben, jetzt sei er unten. Wie erklären Sie sich, dass der Ministerpräsident ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Haushaltsverhandlungen seinen Finanzminister in diesem Ausmaß schwächt?

(Zurufe von der CSU und Gegenrufe von der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Graf Lerchenfeld, Sie haben das Wort.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Kollege Rinderspacher, vielen Dank für die Anleitung, die Sie uns hier gegeben haben, und für die Auszüge, die Sie uns vorgelesen haben. Ich glaube, dass unser Finanzminister stark genug ist,

(Margarete Bause (GRÜNE): Das zu ertragen!)

wirklich einen vernünftigen Haushalt zu vertreten und uns in der Zukunft vorwärtszubringen. Ich bin ganz sicher, dass er auch weiß, dass in ihm die Zukunft liegt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat der Kollege Halbleib von der SPD das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Erklärung des Kollegen Lerchenfeld ist es schon interessant, dass die erste Bemerkung des CSU-Redners an diesem Morgen dazu dient, den Finanzminister dieses Freistaats gegen den Ministerpräsidenten dieses Freistaats in Schutz zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Heiterkeit des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang, meine Kolleginnen und Kollegen. Ich finde das eigentlich gar nicht humorig, sondern es ist schon ein ziemlich ernster Vorgang. Wir bewegen uns in einer Woche, in der in drei Tagen die zentrale Grundlage der Politik im Freistaat Bayern verhandelt wird, nämlich der Haushalt, den der Finanzminister diesem Parlament vorlegt. Wenn der Ministerpräsident dieses Freistaats gerade in dieser Woche nichts anderes macht, als den Finanzminister in dieser Art und Weise zu bewerten: "vom Ehrgeiz zerfressen", wenn er von "pathologischem Ehrgeiz" spricht, von charakterlichen Schwächen, von Schmutzeleien und davon, dass der Finanzminister "unten" sei,

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

dann ist das doch ein besonderer Vorgang in diesem Freistaat Bayern. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals ein Ministerpräsident mit einem Minister seines Kabinetts so umgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wenn man den Ministerpräsidenten ernst nimmt, dann verhandeln wir jetzt im Einzelplan 06 den Einzelplan eines Ministers auf Abruf. Der Finanzminister muss sich selber fragen, ob er seine Aufgabe als Staatsminister der Finanzen noch ordnungsgemäß erfüllen kann, wenn ihm das Vertrauen und der Respekt des Ministerpräsidenten, der ihn berufen hat, fehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nach objektiven Kriterien der Politik und, Herr Finanzminister, wenn Sie fränkischen Stolz hätten, dann würden Sie nach diesen massiven Angriffen des Ministerpräsidenten auf Ihre Person konsequenterweise wie seinerzeit der unterfränkische Kollege Bernd Weiß heute noch Ihren Rücktritt erklären. Ich denke, das wäre die richtige Reaktion gegenüber dem Ministerpräsidenten, der seinen Minister in dieser Art und Weise angreift.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER - Zurufe der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU) und Dr. Manfred Weiß (CSU))

- Die Unruhe in Ihren Reihen kann ich entweder als Unmut über den Ministerpräsidenten oder als Unmut über den Finanzminister empfinden.

(Albert Füracker (CSU): Kommen Sie zum Haushalt!)

- Danke für den Hinweis, Herr Kollege Füracker.

(Harald Güller (SPD): Ich glaube, der Herr Söder ist mit sich selber unzufrieden!)

Schauen wir uns die Arbeitsbilanz des Finanzministers gerade beim Einzelplan 06 an. Zunächst lasse ich die Lobeshymnen des Kollegen Lerchenfeld unbeantwortet, weil ich sie heute Nachmittag noch beantworten werde. Mein Urteil über die Arbeitsbilanz gerade beim Einzelplan 06 ist leider, das muss ich sagen, nicht viel besser als das Ur-

teil des Ministerpräsidenten über die charakterlichen Eigenschaften des Finanzministers, vor allem wenn ich die Steuerverwaltung anschau. Bayern ist auch unter diesem Finanzminister Markus Söder nach wie vor im Vergleich der Bundesländer auf dem 16. und damit letzten Platz, was die Ausstattung mit Betriebsprüfern, mit Umsatzsteuerprüfern und mit Steuerfahndern angeht. Der Oberste Rechnungshof hat massive Kritik daran geübt, und diese Kritik ist auch berechtigt. Im Bereich der Steuerverwaltung praktizieren Sie ein fortgesetztes milliardenschweres Staatsversagen. Anders kann man es leider nicht bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Es ist einzuräumen, dass das nicht allein in der Verantwortung von Finanzminister Söder liegt, sondern dass dafür eine ganze Reihe von CSU-Finanzministern verantwortlich ist. Wir haben die 200 zusätzlichen Stellen im Doppelhaushalt zur Kenntnis genommen, aber sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, Herr Kollege Lerchenfeld, ebenso wie die 500 neuen Stellen im Doppelhaushalt 2009/2010. Sie schaffen keine Veränderung an der dramatischen Unterausstattung der bayerischen Finanzämter, weil sie allein dazu dienen, die Rückführung der 42-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche umzusetzen. Damit wird kein einziger Finanzbeamter mehr bei der Steuerfahndung, bei der Betriebsprüfung oder bei der Umsatzsteuersonderprüfung eingesetzt.

In diesem Freistaat sind 1.903 Stellen, die im Haushalt sind, nicht besetzt. Es ist ein Skandal, dass der Freistaat Bayern in diesem zentralen Bereich der Steuergerechtigkeit und Einnahmensicherung unter Verantwortung der CSU in dieser Art und Weise agiert. Wir haben nach Berichten, die durch den Obersten Rechnungshof bestätigt wurden, tatsächlich eine Lücke von 3.000 Stellen in der Steuerverwaltung. Dies führt dazu, dass wir einen massiven Entgang von Steuereinnahmen haben und dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt, weil die Bekämpfung von Steuerhinterziehung massiv geschwächt wird, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der Unterbesetzung der Finanzämter, auch dadurch, dass sie länger auf die Rücker-

stattung der Steuer warten, das Ganze bezahlen müssen. Das ist zusammengenommen wirklich ein milliardenschweres Staatsversagen.

Wir fordern Sie auf, das endlich zu korrigieren. Diesen Doppelhaushalt haben Sie dazu jedenfalls leider nicht genutzt. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Nicht nur im Großen haben Sie in der Steuerverwaltung keine richtige Orientierung, sondern auch im Kleinen, im Detail. Herr Finanzminister, Sie haben keine glückliche Hand. Ich nenne nur ein Beispiel, die räumliche Unterbringung der Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten. In Sachen Standortentscheidung für München, Deroystraße, musste der Haushaltsausschuss gegen Ihren Vorschlag eine kostengünstige Lösung durchsetzen. Im Vergleich ist glasklar, dass Ihr Vorschlag den Freistaat Bayern und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Millionen mehr gekostet hätte als die Lösung, die der Haushaltsausschuss gegen Ihren ausdrücklichen Wunsch und Ihre Empfehlung auf den Weg gebracht hat. Das Thema Höchstädt an der Donau, das wir gestern im Ausschuss ausgiebig behandelt haben, will ich nur streifen. Auch Ihr persönlicher Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Lotterieverwaltung am Karolinenplatz ist mehr als fragwürdig und menschlich unanständig. Das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Es wurde schon angesprochen: Das hängt nicht nur mit der Unterbesetzung der Finanzverwaltung, die von Ihnen zu verantworten ist, zusammen, sondern auch mit Ihrer grundsätzlichen ideologischen Haltung, in diesem Fall zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in diesem Freistaat. Der Ankauf von Steuerdaten durch die Steuerverwaltungen dieser Republik, insbesondere des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch anderer, hat dazu geführt, dass wir seit Oktober 2010 über 5.000 Selbstanzeigen in Bayern mit Bezug zur Schweiz verzeichnen. Das waren zusätzliche Einnahmen, liebe

Kolleginnen und Kollegen – da sind wir bei den Haushaltsberatungen gerade richtig, um das festzustellen –, von 550 Millionen Euro, die aufgrund der Selbstanzeigen und des vorausgehenden Ankaufs von Steuerdaten in die Kassen des Freistaats Bayern gekommen sind, 26 Millionen direkt durch die Auswertung von Daten-CDs. Ohne sie wäre der Haushalt, den der Finanzminister vorgelegt hat und der heute verabschiedet werden soll, nicht möglich gewesen, selbst wenn Sie die 200 Millionen aus dem Schweizer Steuerabkommen abziehen.

Diese zusätzlichen Einnahmen über 350 Millionen Euro haben Sie letztendlich der Hartnäckigkeit der SPD-Finanzminister in dieser Republik zu verdanken, da Ihre Regierungskoalition aus CSU und FDP beim Thema Steuerdaten nicht handlungsfähig war, sondern sich die FDP als Schutzmacht der Steuerhinterzieher aufgespielt hat.

(Thomas Hacker (FDP): Mir kommen die Tränen! - Harald Güller (SPD): Das sind aber eher Krokodilstränen, oder?)

Bayern hat unter anderem deshalb neben vielleicht einigen technischen Auswertungen keinen einzigen Ankauf getätigt und war immer der Nutznießer der konsequenten Entscheidungen anderer Finanzminister. Wir bekennen uns ganz klar dazu, Steuerhinterziehung mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

350 Millionen Euro können wir auf unsere Habenseite schreiben. Wenn Sie, insbesondere die FDP, entscheiden müssten und dürften, wären diese 350 Millionen Euro Mehreinnahmen in diesem Haushalt nicht zu verzeichnen; das hätte Ihre Politik nicht zustande gebracht, weil Sie die legale Steuerhinterziehungsbekämpfung durch Ankauf von Daten-CDs ablehnen. Diese 350 Millionen Euro können wir auf die Habenseite der SPD schreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Otto Bertermann (FDP): Und wie sieht es mit der kalten Progression aus? Die habt ihr abgelehnt!)

Ich betrachte den aktuellen Fall der UBS. Schon jetzt wurde eine Steuerhinterziehung in Höhe von 200 Millionen Euro in 1.300 Fällen mit einem Anlagevolumen von etwa 3 Milliarden Euro aufgedeckt; 750 Fälle in Liechtenstein wurden aufgedeckt.

Das Stichwort Steuerabkommen mit der Schweiz ist genannt worden. Ich sage Ihnen eines: Ich bin froh und dankbar, dass der Vermittlungsausschuss dieses Steuerabkommen gestern endgültig ad acta gelegt hat. Das war ein Anschlag auf die Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Besser kein Abkommen als dieses Abkommen. Sie wissen auch, warum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Besteuerung nur des Kapitalertrags der Vergangenheit würde wesentlich geringer ausfallen als die ordnungsgemäße Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland; die Besteuerung in der Zukunft wäre bei Wahrung vollständiger Anonymität von Steuerhinterziehung nicht anders. Amnestie und gleichzeitiger Schutz der Steuerhinterzieher hinter dem Schutzwall der vollen Anonymität! Das ist das, was ausverhandelt wurde. Das ist ein Verrat an den europäischen Standards für den Datenaustausch zwischen den Steuerverwaltungen europäischer Staaten und auch ein Verrat an dem, was Steuerhinterziehungsbekämpfung legitimerweise braucht, nämlich Anfragen an die Finanzverwaltung des benachbarten Staates. Auch diese haben Sie in diesem Abkommen illegitimerweise begrenzt. Deswegen ist es gut, dass dieses Steuerabkommen gescheitert ist. Kein Abkommen zu haben ist besser als dieses. Sie haben sich nicht als Schutzmacht der Steuergerechtigkeit aufgeführt, sondern als Schutzmacht der Steuerhinterzieher, und das bedauern wir sehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Halbleib, lassen Sie eine Zwischenfrage von Graf Lerchenfeld zu?

**Volkmar Halbleib (SPD):** Vielleicht kann man das im Anschluss sinnvoll zusammenfassen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Gut. Graf Lerchenfeld, dann sind Sie zu einer Zwischenbemerkung am Schluss der Rede von Herrn Kollegen Halbleib aufgerufen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Selbstverständlich!)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Auch zur Steuerpolitik kann man einiges sagen. Der Grundfreibetrag war immer unstrittig. Sie machen es aber so: In Bayern verkünden Sie die reine Lehre, während Sie auf Bundesebene Steuersenkungen auf Pump mit der Konsequenz beschließen, dass die Nettoneuverschuldung entsprechend höher ausfällt. Diese zwei Seiten passen nicht zusammen; das wissen Sie selbst ganz genau. Das wären Steuersenkungen auf Pump gewesen. Der Bundeshaushalt sieht nach wie vor eine Nettoneuverschuldung vor. Die Mindereinnahmen von Bundesländern und Kommunen wären problematisch gewesen, und es wären eben nicht vor allem die unteren und mittleren Einkommen spürbar entlastet worden, sondern ganz stark die oberen Einkommen. Das ist bekannt. Herr Kollege Lerchenfeld, ideologisch ist es, woran es gescheitert ist: Die SPD hat zu Recht gesagt: Wenn wir bei der kalten Progression etwas machen, dann müssen wir auch an den Spitzensteuersatz ran; es kann nicht sein, dass wir insgesamt Steuersenkungen auf Pump finanzieren. Das müsste auch Ihrer Ideologie widersprechen. So kann es nicht gehen. Deswegen ist das, was der Bundesrat mit Mehrheit gemacht hat, glasklar. Mehr Steuergerechtigkeit können wir uns nur dann leisten, wenn wir auch beim Spitzensteuersatz etwas machen. Dazu bekennen wir uns auch klar. Das war auf dem Tisch gelegen – Sie haben dieses Angebot gestern abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir ziehen kurz Bilanz der Söderschen Finanzpolitik. Wir haben bisher kein Konzept für den Länderfinanzausgleich vorgelegt bekommen. Wir haben kein Konzept für die Schuldentilgung vorgelegt bekommen. Wir haben kein Konzept für eine gerechte Steuerpolitik vorgelegt bekommen. Wir haben keinen ernsthaften Willen gesehen, die massive Unterbesetzung der Finanzämter zu bekämpfen. Wir haben keine konsequente Haltung zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung erkennen können. Da würden wir uns den vom Ministerpräsidenten angesprochenen pathologischen Ehrgeiz des Finanzministers wünschen. Dieser gilt offensichtlich nur für das persönliche Fortkommen, aber nicht für die dringend überfällige Herstellung von Steuergerechtigkeit in diesem Freistaat. Deswegen lehnen wir diesen Einzelplan mit Überzeugung ab. Die Herstellung von Steuergerechtigkeit in Bayern ist mit dieser Regierungskoalition ganz offensichtlich nicht möglich. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, bleiben Sie am Pult. Graf Lerchenfeld hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Graf Lerchenfeld.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. Herr Kollege Halbleib, Sie sprechen von Steuersenkung auf Pump, weil Sie endlich dazu bereit sind, das Bundesverfassungsgerichtsurteil anzuerkennen. Heißt das, dass dies auch Steuersenkung auf Pump ist?

Ein Zweites. Das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz wurde in gleicher Art und Weise mit Großbritannien, Österreich und Italien geschlossen. In Österreich sind mehr Steuereinnahmen in erheblicher Höhe angefallen. Ich habe Ihnen vorhin die Steuerdebatte mit Herrn Eichel dargelegt. Wie stehen Sie denn dazu, dass Herr Eichel damals die Amnestie mit einem Steuersatz von nur 15 % anerkennen wollte?

Drittens. Lesen Sie doch bitte regelmäßig die "FAZ". Dann sehen Sie, dass die Unionspolitiker in den Parlamenten Deutschlands einen sehr vernünftigen Vorschlag zum Länderfinanzausgleich unterbreitet haben.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Der Grundfreibetrag war immer unstrittig. Der entscheidende Punkt war, was mit der kalten Progression und was in Fragen der steuerlichen Absetzbarkeit passiert. Das ist klar. Das Bekenntnis ist auch klar. Ich bin der festen Überzeugung, dass Steuersenkung auf Pump kein Weg in die Zukunft ist. Das müssten eigentlich gerade Sie einsehen, weil Sie auch in Bayern zu Recht den ausgeglichenen Haushalt nach vorne stellen. Was für Bayern gilt, muss in gleicher Weise für den Bund gelten. Das zum ersten Punkt.

Zweiter Punkt: Steuerabkommen mit der Schweiz. Sie wissen, dass die USA gegenüber der Schweiz ganz andere Regelungen durchgesetzt haben, dass die europäischen Standards, was den Datenaustausch mit Staaten betrifft, ganz andere sind und dass es ein Fehler der Bundesregierung war, mit der Schweiz Einzelverhandlungen aufzunehmen. Europäische Verhandlungen wären notwendig gewesen, um die Standards in Europa, was den Datenaustausch betrifft, endlich durchzusetzen.

Dritter Punkt. Herr Kollege Lerchenfeld, Sie kennen doch den Unterschied zwischen der Haltung Eichels und diesem Steuerabkommen so gut wie ich. Amnestie ist bei Eichel: Hosen herunterlassen, alle steuerlichen Sachverhalte auf den Tisch legen. Was Sie machen, ist sozusagen ein Ablass, der letztendlich in vollständiger Anonymität von Steuerhinterziehung abläuft. Das ist eine Art und Weise des Umgangs mit der Steuergerechtigkeit, die mit der Eichelschen Politik überhaupt nichts zu tun hat. Sie stützen die Steuerhinterzieher durch Anonymität. Das ist inakzeptabel.

Nur ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Sie haben ein Konzept vorgelegt. Der Finanzminister hat in der öffentlichen Verlautbarung etwas ganz anderes von sich gegeben. Insofern würde ich vorschlagen, Herr Kollege Lerchenfeld: Einigen Sie sich zunächst einmal mit Ihrem Finanzminister über ein Konzept, was den Länderfinanzausgleich und den Steuerföderalismus betrifft, und dann sprechen wir uns in diesem Hause wieder.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Halbleib, Herr Kollege Dr. Bertermann hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Bertermann.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, wiegt die Blockade bei der kalten Progression, durch die Millionen von Arbeitnehmern nicht mehr Geld in der Tasche haben, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf? Sie schädigen durch Ihre Blockade im Bundesrat Millionen von Arbeitnehmern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ich weiß nicht, ob man von der FDP Ratschläge entgegennehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im letzten Bundestagswahlkampf allen Bürgern blauäugig Steuersenkungen in Milliardenhöhe versprochen. Was haben Sie realisiert?

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Halbleib, Sie machen es nicht!)

Sie sind in der Steuerpolitik völlig unglaubwürdig geworden. Punkt 1.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Herr Bertermann, Sie müssen mir dann schon sagen, ob Sie auf Netto-neuverschuldung setzen. Sagen Sie das hier. Wenn Sie auf zukünftige Verschuldung setzen, dann sagen Sie das hier. Wir sagen: Wir wollen keine Nettoneuverschuldung. Wir wollen Steuererleichterungen, die in manchen Bereichen durchaus sinnvoll und diskutierbar sind, aber wir wollen unter dem Strich keine Steuersenkung auf Pump. Deswegen hätten Sie sich bewegen können; aber Sie schützen die Spitzeneinkommen in diesem Land. So verstehen Sie Ihre Politik und Ihren Auftrag. Es tut mir leid, Sie hätten die Angelegenheit gestern beenden können. Wir wären zu einem sinnvollen Kompromiss bereit gewesen. Mit dieser FDP und dieser CSU aber war das leider nicht möglich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke, Kollege Halbleib. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich mitteilen, dass von der CSU-Fraktion zum Einzelplan 06 namentliche Schlussabstimmung beantragt wurde.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Etwas anderes hätte mich überrascht!)

Jetzt hat der Kollege Reichhart das Wort.

**Markus Reichhart (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan des Finanzministeriums ist nicht der größte, aber sicherlich der bedeutendste für den Freistaat. Denn ohne eine funktionierende Finanzverwaltung ist ein Staat nicht handlungsfähig. So zeigt sich unter anderem auch an Griechenland, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung ist.

An dieser Stelle bedanke ich mich sehr herzlich im Namen der FREIEN WÄHLER bei den Beamtinnen und Beamten für ihre Arbeit in den vergangenen Jahren, dies insbesondere, da die Arbeitsbedingungen der Finanzverwaltung durchaus als kritisch zu be-

zeichnen sind. Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren einer Überlastung der Beschäftigten bei den bayerischen Finanzämtern in unverantwortlicher Weise einigermaßen tatenlos zugesehen. Da hilft es auch nichts, dass sie jetzt endlich pünktlich zur Wahl zusätzliche Stellen in der Finanzverwaltung schafft. Ich bin überzeugt, die Beschäftigten werden nicht vergessen, dass sie jahrelang vernachlässigt worden sind. Der Krankenstand in der Finanzverwaltung ist nachweislich deutlich höher als in anderen Ministerien und ein guter Indikator der starken Arbeitsbelastung.

Meine Damen und Herren der Staatsregierung, Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass dem Staat jährlich hohe Steuereinnahmen entgehen und die Steuergerechtigkeit in Bayern leidet. Zu der schwierigen Personalsituation an den Finanzämtern kommt die verbesserungsfähige und teilweise auch mangelhafte EDV-Ausstattung. Dies trägt mit dazu bei, die Leistungsfähigkeit derer zu beeinträchtigen, die sich täglich bemühen, die immer größer werdende Flut an Steuergesetzen und Änderungen möglichst bürgerfreundlich umzusetzen und vernünftig zu vollziehen.

Wir brauchen dringend eine zukunftsgerichtete Personalpolitik, die sich an der demografischen Entwicklung und an den steigenden Aufgaben orientiert. Das Durchschnittsalter von deutlich über 50 Jahren in einzelnen Finanzämtern sollte Sie nachdenklich machen. Die Hoffnung, unsere Steuergesetzgebung könnte so reformiert werden, dass das Personal, das heute zur Verfügung steht, den Anforderungen gerecht werden kann, wird sich wohl nicht erfüllen. Umso wichtiger ist es schon heute, die Bedingungen für die Zukunft zu schaffen. Dazu bedarf es einer strategischen Planung, die sich eben nicht an der Kassenlage, sondern an der sich abzeichnenden problematischen Altersstruktur orientiert. Deshalb ist es sicherlich allerhöchste Zeit, die Wiederbesetzungssperre auf drei Monate zurückzufahren. Aber warum, meine Damen und Herren, haben Sie diese Sperre nicht gleich ganz aufgehoben? Warum setzen Sie solche Signale bei den Staatsbeamten? Wir brauchen auch bei der Wiederbesetzung Kontinuität, das heißt, freiwerdende Stellen sind unverzüglich zu besetzen. Als Unternehmer wundere ich mich sehr, dass die Beamten dies so scheinbar

klaglos hinnehmen. Aus meiner Sicht würde es Sinn machen, überlappend zu besetzen, um einen reibungslosen Wissenstransport zu gewährleisten. Vielleicht können Sie das mit Orden wettmachen. Ich weiß es nicht.

Herr Staatsminister Söder, nachdem Sie ein Jahr Finanzminister sind, ist die Zeit gekommen, einmal über Ihre Amtsführung zu sprechen. Es mag sein, dass Ihre Amtszeit für Ihren Heimatort Nürnberg vorteilhaft war. Bei den Aktivitäten, die Sie für die Kaiserburg in Nürnberg an den Tag legen, steht sogar zu befürchten, dass Sie diese als Ministerpräsident, der Sie ja gerne wären, als neuen Amtssitz wählen wollen.

Stichwort Ministerpräsident. Wie man hört, ist ihm Ihre Selbstdarstellung scheinbar ein Dorn im Auge. Schön wäre es, einmal zu hören, wie der Ministerpräsident das mit den "charakterlichen Schwächen" und mit dem "vom Ehrgeiz zerfressen" wirklich meint. Aber vielleicht waren das Koseworte und waren wie so oft gar nicht so gemeint.

Tatsächlich und ganz offensichtlich nutzen Sie Ihr Ministerium weitgehend als Profilierungs- und Selbstdarstellungsplattform. Sie haben mit dem Bayerischen Finanzbrief sogar eine Publikation zur Verbreitung eigener Bilder erfunden. Regelmäßig hat diese Informationsbroschüre mehr Ministerportraits als Seiten.

(Zuruf von der CSU: Sie übertreiben aber stark!)

Ansonsten zünden Sie gerne Nebelkerzen in vielen Bereichen, die letztlich Bundesrecht sind. Egal ob Länderfinanzausgleich oder Bayerntarif im Steuerrecht: An blumigen Ankündigungen fehlt es nicht. Wann kommt nun endlich die Klage gegen den Länderfinanzausgleich? Oder warten Sie damit, bis Sie absolut sicher sind, dass kein Urteil mehr vor der kommenden Landtagswahl zu erwarten ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Söder, nutzen Sie Ihr letztes Jahr als Finanzminister dazu, Ihre Hausaufgaben zu machen. Das ist Ihre Aufgabe als oberster Verwalter des bayerischen Steuergeldes.

Sorgen Sie für eine angemessene EDV-Ausstattung der Finanzverwaltung in Bayern. Sorgen Sie im Bund dafür, dass die Gemeinden-IT-Projekte der Länder nicht weiterhin regelmäßig scheitern. Machen Sie sich Gedanken über echte Vereinfachungen im Steuerrecht und verhandeln Sie diese mit Ihren Kollegen aus den anderen Bundesländern. Wirken Sie im Konsens, wenn das möglich ist, auf einen solidarischen und gerechten Länderfinanzausgleich hin, der Anreize für alle schafft, gut zu wirtschaften. Vor allem aber sorgen Sie für eine angemessene Personalausstattung der Finanzverwaltung. Die Mitarbeiter der Finanzämter sichern dem Staat die Einnahmen für die wichtigen und notwendigen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Energiewende.

An dieser Stelle danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schlösser- und Seenverwaltung, dem Landesamt der Finanzen und der Vermessungsverwaltung herzlich. Es muss betont werden, und das durchaus lobend, dass das Finanzministerium und die Verwaltung vielleicht sogar trotz des Staatsministers hervorragende Arbeit leisten. Nicht zuletzt ist erfreulich – das sage ich insbesondere als Haushälter -, dass die Schlösser- und Seenverwaltung und die Vermessungsverwaltung einen hohen Deckungsgrad haben. Er beläuft sich auf 98 % in der Schlösser- und Seenverwaltung, abgesehen von den Baumaßnahmen. Dies ist hier besonders lobend zu erwähnen.

Betonen möchte ich auch Folgendes: Wir FREIEN WÄHLER freuen uns darüber, dass die Kaiserburg in Nürnberg so herausragend weiterentwickelt wird. Auch die Baumaßnahmen an den Königsschlössern und am Mainfränkischen Museum in Würzburg im Rahmen des Kulturkonzepts begrüßen wir ausdrücklich. Die Schlösser und Seen stehen für unser Bayern und tragen in hohem Maße zum positiven Bild Bayerns in der Welt bei. Wir würden uns aber wünschen, dass der zuständige Minister mit Herzblut alle – ich betone alle – Projekte so fördert wie die Kaiserburg in seiner Heimatstadt.

Die positive Entwicklung der Vermessungsverwaltung ist hervorzuheben. Sie ist ein Vorreiter im E-Government und bei der Nutzung der Möglichkeiten des Internets für Verwaltung, Bürger und Unternehmer.

Ein letztes Anliegen möchte ich Ihnen, Herr Staatsminister, mit auf den Weg geben. Der Finanzminister sollte auch der oberste Wächter des Vermögens des Freistaates sein. Machen Sie sich stark für die Erhaltung des Vermögens, insbesondere für einen starken Bauunterhalt im Hochbau sowie bei den Staatsstraßen. Lassen Sie es nicht zu, dass Vermögen verkommt und Lasten in die Zukunft verschoben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Eike Hallitzky von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Söder, ich mache mir die Wortwahl des Ministerpräsidenten nicht zu eigen, und ich würde mir wünschen, dass kein Mitglied dieses Hohen Hauses und kein Mitglied des Kabinetts in dieser Art über andere redet.

Nun zu Ihrem Handeln als Finanzminister und zu Ihrem Etat. Ich fange mit dem an, was Ihnen offensichtlich am Wichtigsten ist, nämlich mit Ihrem ausgeprägten Hang zur Selbstdarstellung. Es ist unstrittig in diesem Hohen Hause, dass die Politik der Staatsregierung in besonders hohem Maße erklärungsbedürftig ist. Das erklärt zwar, aber es entschuldigt nicht, dass Sie im Wahljahr 2013 die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit vervierfachen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

die Zahl der Empfänge in den staatlichen Schlössern und Burgen zu Ehren der Staatsregierung wirklich beeindruckend angeschwollen ist, Orden und Ehrenzeichen erstmalig kurz vor der Wahl geschaffen werden und höchstdotiertes Personal in weit mehr als einer Hundertschaft in der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung für Jubelpresse sorgen soll. Die völlig überzogene Selbstdarstellung der Staatsregierung kostet die bayerischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen jährlich viele Millionen Euro. Deshalb sage ich

Ihnen heute schon zu: Nach der nächsten Wahl werden wir mit einer anderen Regierungsmehrheit bei diesem Hofstaat ordentlich die Bremse reinhauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Eigentlich könnten auch Sie, Herr Söder, auf Sparsamkeit drängen. Sie sind der Finanzminister. Es wäre Ihr Job, für einen sparsamen Umgang mit Staatsgeldern zu sorgen, aber die Wirklichkeit ist – welche Überraschung! – genau entgegengesetzt. Herr Dr. Söder, in Ihrem persönlichen Verhalten sind Sie der größte Steuergeldverschwen-der in dieser Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Niemand gibt zur Selbstinszenierung so viele Staatsempfänge in den historischen und repräsentativen Gemächern des Freistaats wie Fürst Markus. Eigentlich ist er in seiner Funktion als Finanzminister lediglich der Hausverwalter. Aber seinen L'etat-c'est-moi-Phantasien kann er offensichtlich nicht entrinnen. Mit dem überflüssigen Papier – Herr Kollege Reichhart hat es schon genannt – oder richtiger "Papierchen", um es ernst zu formulieren, "Bayerischer Finanzbrief" beglücken Sie uns auch. Ich hoffe nur, dass nicht auch die anderen Ministerkolleginnen und -kollegen demnächst anfangen, uns auf bunten Blättern mitzuteilen, was Herr oder Frau Ministerin morgens zum Frühstück so alles einfällt. Die Welt wartet nicht darauf.

Jenseits von gut und böse ist Ihr Personaleinsatz und die Besoldung Ihrer Spin-Doctors. Alleine drei werden nach B 3 bezahlt. Aus Sicht der Beschäftigten habe ich durchaus ein gewisses Verständnis dafür, dass sie ein ordentliches Schmerzensgeld bekommen, wenn sie bei Ihnen arbeiten. Dass aber die Oberredenschreiber etwa so viel Geld bekommen wie Landräte oder Oberbürgermeister, ist durch nichts, aber auch gar nichts zu entschuldigen. Das ist pure Steuergeldverschwendung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein glaubwürdiger Finanzminister sollte ein Vorbild an Sparsamkeit und ernsthaftem Bemühen um die Staatskasse sein. Wer hingegen immer dann, wenn es um sein persönliches Ziel der Ministerverehrung geht, mit Geld um sich schmeißt, hat möglicherweise seinen Beruf verfehlt. Dass die Vermutung, es hier mit einer eklatanten Fehlbesetzung des Finanzministers zu tun zu haben, nicht ganz abwegig ist, erkennt man an Ihrem offenkundigen Desinteresse für Ihre Kernaufgabe, nämlich der Ausstattung der Finanzverwaltung. Ich möchte an dieser Stelle auf das verweisen, was Herr Kollege Halbleib und Herr Kollege Reichhart dazu gesagt haben. Bayern ist hier bei praktisch allen Kennzahlen Letzter. Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, das erklärt im Übrigen auch, warum das Pro-Kopf-Ergebnis bei den Betriebsprüfern relativ hoch ist. Wenn Sie in Ihrer Logik weiterdenken, würden Sie den Rest auch noch rausschmeißen und einen einzigen behalten, der BMW untersuchen würde. Dann hätten wir die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen bei den Betriebsprüfern.

(Zuruf von der CSU: Ahnungslos!)

Was der jetzige Finanzminister mit seiner Stellenknappheits-Politik erreicht, ist im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung dem Staat zustehender Steuereinnahmen. Herr Dr. Söder, Sie erfüllen deshalb die Pflichtaufgaben eines Länderfinanzministers nicht. Sie sind eine Fehlbesetzung. Stattdessen ziehen Sie über das Land und erzählen den Leuten entweder Luftblasen, Unfug oder beides. Ich nenne Ihnen einige Beispiele für finanzpolitisches Unvermögen.

Das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde schon angesprochen. Dies ist sozusagen die Verlängerung Ihres betont lässigen Umgangs mit Steuerhinterziehern auf das diplomatische Parkett. Dieser Vertrag wurde gestern vom Bundesrat endgültig abgelehnt, weil er schlecht und ungerecht ist. Dieses Abkommen hätte nicht nur eine rückwirkende Amnestie ohne Aufdeckung bedeutet, sondern hätte auch in der Zukunft den Mantel des Schweigens über Steuerhinterziehung und die damit verbundenen Straftaten gelegt. Sie wollen Sicherheit für Steuerhinterzieher. Wir

wollen das nicht. Sie machen einen Kotau vor dem Schweizer Bankgeheimnis und den Interessen der bayerischen Banken, die dieses Abkommen geschmiedet haben. Wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen sind auch die finanziellen Auswirkungen dieses Abkommens negativ. Allein durch den Erwerb von Steuerdateien gingen drei Milliarden Euro in die Länderhaushalte. Das ist ungefähr das Doppelte der Garantiezahlung der Schweiz. Wenn man weiß, dass bis zu 250 Milliarden Euro unsteuerter deutscher Vermögen in der Schweiz liegen, sind zwei Milliarden Franken eine sehr geringe Garantiezahlung. Das Vierzigfache wäre fällig. Das ist fürwahr ein sehr billiger Ablass. Auch haushaltspolitische Erwägungen rechtfertigen in keiner Weise die Ungerechtigkeiten einer Amnestie und einer De-facto-Abgabe der deutschen Steuersouveränität an die Schweizer Banken, und wenn wir die Zeitungen lesen, ist der folgende Begriff nicht ganz falsch: eine Abgabe der deutschen Souveränität an die Täterbanken. Wir brauchen keinen bilateralen Ansatz. Wir brauchen einen europäischen Ansatz und keinen widersinnigen Vertrag, der den schweizerischen Banken und den deutschen Steuerhinterziehern nutzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen lehnen wir diesen Vertrag aus ökonomischer Vernunft und großer Überzeugung ab. Nein, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, wir lehnen ihn aus ökonomischer Vernunft ab. Sie und nicht wir sind in diesem Spiel die kenntnisfreien Ideologen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Söder, damit komme ich zur Landesbank. Sie wissen genau, dass die BayernLB in diesem Jahr die Zinsen für die 10-Milliarden-Spritze des Staates – mehr ist es ja nicht – selber zahlen kann. Ihre euphorische Kommentierung ist da nicht viel mehr als das Pfeifen im Walde. Euphorie ist nicht angesagt. Heute oder morgen wird

Österreich Klage auf Rückabwicklung des Kaufs der HGAA einreichen. Über zwei Milliarden Euro an internen Krediten stehen im Feuer. Weitere gut zwei Milliarden Euro interne Kredite an die MKB stehen im Feuer. Dass der Markt für sieben oder acht selbstständige Landesbanken in Deutschland nicht auskömmlich ist, weiß jedes Kind.

Die Folgen des von der CSU verursachten größten finanziellen Debakels der bayerischen Nachkriegsgeschichte für künftige Staatshaushalte sind heute schlicht unabsehbar. Und was machen Sie, Herr Söder? Sie übernehmen für gar nichts eine Verantwortung. Die BayernLB ist Staatseigentum. Wir sagen Ihnen: Wenn dem Staat etwas gehört, hat er auch die verdammte Pflicht, die Verantwortung dafür wahrzunehmen. Sie wollen sich dem Ganzen mit Ihrem neuen Landesbankgesetz entziehen.

Eine Privatisierung der Landesbank wäre akzeptabel, wenn das auch nicht unsere erste Perspektive ist. Aber die Landesbank ist nicht privatisiert. Sie gehört uns. Deshalb haben wir auch die verdammte Pflicht, auf sie aufzupassen. Die Flucht des Ministers aus der Verantwortung, raus aus dem Verwaltungsrat, und dann seine Aussage, dass er sich selbstverständlich bei den großen Dingen weiter einmischen will, bedeutet nichts anderes, als dass er groß reden will und dann, wenn es brennt, der erste ist, der davonläuft und den keiner erwischen kann. Diese Botschaft senden Sie mit Ihrem neuen Landesbankgesetz aus. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schuldenstand im Jahr 2030. Vor diesem Hintergrund ist Ihr Versprechen eines Schuldenabbaus von weit über 30 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 unseriös. Das weiß jeder. Für eine Schuldentilgung über 20 Jahre hinweg kann es kein belastbares Konzept geben, weil weder die staatlichen Ausgaben noch die Einnahmen vorhersehbar sind. Dabei sind die Landesbankrisiken ein Thema. Ein anderes Thema ist die Volatilität der Weltwirtschaft. Das nächste Thema sind die Finanzmärkte der Welt und Europas. Die Entwicklungen kann niemand auch nur annähernd so lange vorausberechnen. Deshalb ist das einfach ein Blindflug.

Damit komme ich zu Ihrer Adaption der Blümschen Aussage "Die Renten sind sicher". Weil die Situation so volatil ist, ist Ihre Art des Umgangs mit der Altersvorsorge für die künftigen Pensionäre ein Zockerspiel. Ich frage einmal die Kollegen von der CSU-Fraktion: Herr Dr. Söder kommt zu Ihnen und sagt: Gebt mir 10.000 Euro auf die Kralle, und ich sage euch dafür in einer Plenarrede mündlich zu, dass Bayern in 20 Jahren keine Schulden mehr hat und eure Pensionen deshalb sicher sind. Niemand würde privat auf das eingehen, was Sie den Leuten im Bayernland als ehrbare Politik verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie plündern jetzt die Altersvorsorge und sagen, dass wir dafür später einen ausgeglichenen Haushalt haben. Dieses Verschieben in eine ungewisse Zukunft tragen wir nicht mit. Im Übrigen: Müssten wir die Altersrückstellungen wie in einem Unternehmen in einem Doppik-Haushalt verbuchen, wären alle Länder in Deutschland pleite, auch Bayern. Denn allein diese Vorsorge bedeutet einen riesigen Ballast. Das verdrängen Sie, und das ist unredlich.

Ihr Märchen vom ausgeglichenen Haushalt wird nicht dadurch besser, dass es soundsoviele Male wiederholt wird. In der Mehrzahl der vergangenen Jahre lagen die Staatseinnahmen unter den Staatsausgaben. Ich habe noch keinen Mathematikprofessor gefunden, der mir erklären konnte, wie es mathematisch möglich ist, dass ein Schuldenstand zehn Jahre nach dem Ausgangsjahr höher liegt als zu Beginn, obwohl es in allen dazwischenliegenden Haushalten nur Überschüsse oder zumindest eine schwarze Null gegeben haben soll. Ich weiß aber, dass die CSU gerade in diesem Punkt die Konfrontation mit der Realität als besonders unangenehm empfindet. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle bei einem einzigen Hinweis belassen: Die Existenz des Weihnachtsmanns lässt sich definitiv sehr viel leichter nachweisen und belegen als Ihr Gerede vom ausgeglichenen Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr sogenannter Bayernplan ist eine Luftblase, die schon innerhalb der bayerischen Landesgrenzen zerplatzt ist. Sie sprechen von bayerischer Steuerhoheit und sagen, dass Sie Steuern senken würden. Erstens hat Bayern weder die Kompetenz, dies zu ändern, noch irgendwelche Unterstützer dieser Absicht. Zweitens gibt es dafür keine Finanzierung, Bayern zu einem Steuerparadies zu machen. Der Hinweis, das Geld könnte dadurch aufgebracht werden, dass einfach weniger in den Länderfinanzausgleich gezahlt werde, ist von einer lächerlichen Naivität. Der muss nämlich noch geregelt werden, und Sie wissen noch gar nicht, wie diese Regelung aussehen wird. Drittens zeigt der Vorschlag, in Bayern die Erbschaftssteuer zu halbieren, um reiche Erben zu schützen, eine erschreckende sozialpolitische Verantwortungslosigkeit des bayerischen Finanzministers.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Viertens verkennt Herr Dr. Söder mit seinen Aussagen zu ärmeren Gebietskörperschaften, vom ach so faulen Griechenland bis zum arm-aber-sexy Berlin, dass er offensichtlich bis heute nicht begriffen hat, wie sehr der Wohlstand des Exportlandes Bayern davon abhängt, dass wir nicht rhetorisch um uns herum alles in Schutt und Asche versinken lassen. Übrigens regieren in Berlin gar nicht die GRÜNEN, sondern die Schwarzen, die Sie immer als Ihre Leute bezeichnen.

Jeder von uns weiß, dass Söders "Ich bin solidarisch, aber nicht blöd" durch eine Änderung der Wortabfolge möglicherweise einen größeren Sinn bekommen könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle, die sich von guten Argumenten überzeugen lassen, werden den Einzelplan des Finanzministers gemeinsam mit uns ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Karsten Klein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das größte Projekt dieser Koalition aus CSU und FDP ist die Schuldentilgung. Der Weg aus dem Schuldenstaat hat in Bayern mit der Schuldentilgung im Jahr 2012 unwiderruflich begonnen. Wir haben uns gemeinsam das Ziel gesetzt, bis Ende 2014 10 % der Haushaltsschulden zu tilgen, die wir zu Beginn dieser Legislaturperiode von der Vorgängerregierung übernommen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zehn Milliarden habt ihr in dieser Legislaturperiode aufgebaut!)

Dieses große Projekt nimmt seinen Ausgang im Wahlprogramm der Freien Demokraten von 2008 und in dem Landesparteitagsbeschluss vom November 2011. Wir haben dieses Projekt in der Koalition angestoßen und setzen es gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der CSU, mit einer Tilgung von einer Milliarde im Jahr 2012 und einer Tilgung von weiteren 1,06 Milliarden in den Jahren 2013 und 2014 in die Tat um. 2,06 Milliarden Euro tilgen wir. Politische Inhalte müssen mit Taten und nicht mit großen Ankündigungsreden umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Europa steht heute so schlecht da, weil Politiker es mit ihrer Schuldenpolitik so verletzlich gemacht haben. Sie haben den Staat mit Ausgaben und Aufgaben überfordert. Im Zeitraum zwischen 1970 und 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt, also die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland, um 586 % gestiegen. Die Ausgaben sind im gleichen Zeitraum aber um 1.022 % gestiegen. Mit ungedeckten Schecks haben Politiker der Vergangenheit die Ausgaben auf Kosten der zukünftigen Generationen bezahlt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wer hat die Wiedervereinigung finanziert?)

Wir haben dem ein neues Konzept entgegengestellt. In Bayern ist die Wirtschaftskraft seit 2009 um 12,1 % gestiegen. Die Staatsausgaben sind aber nur um 11,5 % gestie-

gen. Wir haben es fertiggebracht, mit den Staatsausgaben unter dem Wirtschaftswachstum zu bleiben und damit den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wie haben Sie die Wiedervereinigung finanziert?)

Nichts zeigt deutlicher als diese Faktenlage, dass es ein Kernbestandteil unserer Politik ist, die zukünftigen Generationen handlungsfähig zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition und vor allem der SPD, nicht der ist am sozialsten, der heute die größten sozialen Wohltaten verspricht, sondern der, der zukünftigen Generationen die Möglichkeit gibt, den sozialen Aufbau in diesem Land zu erhalten. An dieser Stelle möchte ich schon auf die Lage in Deutschland hinweisen. In Baden-Württemberg, wo Sie regieren, beträgt die Neuverschuldung 3 Milliarden Euro. In Nordrhein-Westfalen beträgt sie nur im Jahr 2013 3,5 Milliarden. Im kleinen Berlin beträgt sie 635 Millionen Euro. In Rheinland-Pfalz sind es 2 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Niedersachsen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während Sie in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro neue Schulden machen, tilgen wir in Bayern 2,06 Milliarden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie zu Niedersachsen etwas!)

Das ist ein Unterschied in der politischen Grundhaltung und nicht nur im Zahlenwerk.

(Alexander König (CSU): So schaut es aus!)

Wir behalten aber auch die Struktur des Haushalts im Blick. Wir haben die Versorgungsausgaben neu aufgestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie einmal etwas zu Niedersachsen!)

Wir haben die Zinslasten über die Tilgung zurückgeführt. Wir arbeiten am Länderfinanzausgleich und am kommunalen Finanzausgleich.

Gesunde Strukturen des Haushalts sind kein Selbstzweck. Es geht uns darum, zukünftige Generationen wettbewerbsfähig zu halten. Deshalb investieren wir mit diesen Mitteln, mit dem Freiraum, den wir uns im Haushalt erarbeitet haben, in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Wir in Bayern investieren so viel wie kein anderes Bundesland. 12,5 % beträgt bei uns die Investitionsrate. Das sind 2 % mehr als in anderen Bundesländern. Das sind zum Beispiel 52.000 zusätzliche Studienplätze, und das bedeutet einen Anstieg der Betreuungsquote in den Kinderkrippen auf bis zu 38 % - eine nie dagewesene Aufholjagd in diesem Land. Damit stärken wir die Innovationskraft unserer Unternehmen und die Arbeitsplätze in Bayern. Damit sorgen wir dafür, dass auch ein Wachstum möglich ist, das den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sichert. Das ist die Aufgabe unserer Regierung.

(Beifall bei der FDP)

So, wie wir den Wohlstand stärken, stärken wir auch die Steuereinnahmen. Mit diesen Steuereinnahmen ist es uns möglich, die Konsolidierung unseres Haushalts fortzusetzen. Damit schließt sich der Kreis. Vielleicht erkennen jetzt einige in diesem Haus, dass wir die einzigen sind, die ein geschlossenes finanzpolitisches Konzept haben. Sie haben doch gar nichts vorzulegen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie zerschlagen die Vorsorge!  
Was für eine Leistung!)

Eine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik betreibt auch Vorsorge. Wir haben Rücklagen von 2 Milliarden Euro und werden diese aufgrund der Beschlüsse vom Herbst und Winter dieses Jahres noch um 200 Millionen Euro erhöhen. Der Konjunkturhimmel trübt sich nämlich ein. Wir erwarten für nächstes Jahr nur mehr ein Wirtschaftswachstum von 1,6 %. Auf dem Automobilmarkt in Europa rechnet man mit einem Einbruch der Verkaufszahlen von 3,3 Millionen Fahrzeugen. Weil wir eine vo-

rausschauende Finanzpolitik betreiben und weil wir diese dunklen Wolken im Blick haben, haben wir diese Rücklagen gebildet. Damit werden wir auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig sein.

Die FDP-Fraktion steht auch für Klarheit und Transparenz und Gerechtigkeit zwischen den Generationen in der Haushaltspolitik. Schon 1997 haben die Freien Demokraten in ihrem Grundsatzprogramm, den Wiesbadener Beschlüssen, formuliert: Wer die Staatsverschuldung dauerhaft abbauen will, muss die Neuverschuldung im Grundgesetz verbieten. Ich darf mich bei allen bedanken, die diesen Weg mit uns gemeinsam gegangen sind und gestern die Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung verankert haben. Ausgangspunkt sind die Beschlüsse der Freien Demokraten in Wiesbaden im Jahr 1997.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat denn die Schuldenbremse auf Bundesebene beschlossen?)

Der Beschluss von gestern, die Einbringung der Schuldenbremse - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben wohl zu viel Glühwein getrunken!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man darf auch einmal die Wahrheit sagen. Ich freue mich, dass die Union 1998 auf das gleiche Pferd gesetzt hat. Die Schuldenbremse ist ein Meilenstein auf dem Weg zu dieser verlässlichen Finanzpolitik. Aktive Politiker müssen die Antwort darauf geben, wie sie ihre Aufgaben und Ausgaben finanzieren. Deshalb ist es der richtige Weg. Wir möchten mit der Einführung der Doppik im bayerischen Haushalt gerne noch einen Schritt weitergehen. So, wie es uns die Hessen schon vorgemacht haben, müssen die Politiker auf die Frage der Bezahlbarkeit nicht nur heute, sondern auch in Zukunft eine Antwort geben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und was macht Hessen mit der Neuverschuldung?)

Das wäre Transparenz und Ehrlichkeit in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Nach der größten geschichtlichen Katastrophe in der Bundesrepublik haben wir gemeinsam mit Sicherheit eines der besten Gesellschaftssysteme dieser Welt gefunden, nämlich die soziale Marktwirtschaft. Niemand steht diesem System näher als die Liberalen. Wir haben in der Gesellschaft aber vergessen, die Frage nach der Bezahlbarkeit des Staates in der sozialen Marktwirtschaft zu beantworten. Ich persönlich bin der Meinung, dass diese Frage eine der größten und wichtigsten Fragen der nächsten Jahrzehnte in der politischen Landschaft Deutschlands sein wird. Deshalb möchte ich an der Stelle festhalten, dass die Koalition aus CSU und FDP in dieser Legislaturperiode keinen Euro neue Schulden gemacht hat. Die Koalition aus CSU und FDP in Bayern tilgt zwei Milliarden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zehn Milliarden habt ihr aufgebaut!)

Wir haben Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet. Wir haben die Struktur des Haushalts im Blick, und wir haben die Ausgaben weniger gesteigert, als die Wirtschaftskraft gestiegen ist. Das ist die Antwort auf die Frage, die ich gerade gestellt habe. Auf diese große Frage geben wir zum Teil eine Antwort. Ich bin stolz darauf, dass die FDP einen entscheidenden Beitrag zur Klärung dieser Frage geleistet hat.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich jetzt, weil es mir die Zeit überraschenderweise erlaubt, noch ein paar Punkte zum Abkommen mit der Schweiz sagen. Zu allererst möchte ich Folgendes festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-grün: Sie tragen dafür Verantwortung, dass dem Freistaat Bayern im nächsten Jahr 200 Millionen Euro fehlen werden. Sie tragen dafür Verantwortung, dass den bayerischen Kommunen nächstes Jahr 30 Millionen Euro fehlen werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ja lachhaft!)

Dann stellen Sie sich auch noch hin und verbreiten falsche Wahrheiten, lieber Kollege Hallitzky. Es geht um eine Pauschalbesteuerung der Vermögen in der Schweiz in der Vergangenheit. In Zukunft sollte jeder Euro von Deutschen in der Schweiz genauso behandelt werden wie nach deutschem Steuerrecht. Ich finde es unredlich, dass Sie hier das Gegenteil behaupten. Lieber Kollege Hallitzky, das bin ich von Ihnen nicht gewohnt.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Karsten Klein (FDP):** Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Sie stellen sich hierher und erklären, dass Sie die kalte Progression wollen und es ablehnen, den Leistungsträgern Geld in ihrer Tasche zu belassen. Wie kann ein Sozialdemokrat das überhaupt verantworten? Das wären 4 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie machen allein in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro Schulden und 3,5 Milliarden Schulden in Nordrhein-Westfalen. Würden sich die Sozialdemokraten in diesen Ländern mehr anstrengen, wäre dieser Betrag ohne Weiteres zu finanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Ich höre hier immer Reden zum Thema Energiewende. Wir wissen genau, dass das Thema Wärme dabei die entscheidende Rolle spielt. Trotzdem blockieren Sie zum völligen Überdruß im Bundesrat die Gebäudesanierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können Ihre Haltung mit viel Pathos vortragen und in viele Erklärungen einpacken, aber letztendlich geht es Ihnen bei diesem Thema nicht um die Sachlage und um die Fakten, sondern es geht Ihnen darum, aus taktischen Gründen Verbesserungen der Bundesrepublik zu blockieren, ebenso wie Oskar

Lafontaine 1998. Wo Lafontaine politisch geendet ist, können Sie bei einem Blick auf die Geschichte sehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Kollege Halbleib hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Sie haben sich so weit in Rage geredet, dass Sie Dinge gesagt haben, die so nicht haltbar sind. Das wissen Sie selber. Zum Steuerabkommen sagen Sie: Bayern verzichtet auf 200 Millionen Euro. Ich habe Ihnen vorgerechnet, dass wir allein durch die Selbstanzeigen, die infolge des Ankaufs von Daten-CDs erstattet wurden nachweislich 550 Millionen Euro für den Freistaat Bayern eingenommen haben. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange, das wissen Sie genau.

(Zuruf von der CSU: Das sind doch zweierlei Sachen!)

Wenn Sie einen Betrag von 200 Millionen Euro errechnen, bleiben nach Adam Riese immer noch 350 Millionen Euro als Plus für den Freistaat Bayern übrig. Das müssen Sie zunächst einmal anerkennen. Sie haben sich immer gegen den Ankauf von Steuerdaten-CDs gewehrt. Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir überhaupt keinen Cent aus Selbstanzeigen in der Haushaltskasse. Sie arbeiten mit Geld, das mit Ihrer Politik überhaupt nicht eingenommen worden wäre. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Progression. Sie reden in einem fort über den Glanz der Null-Nettoneuverschuldung und sagen als nächsten Satz: Wir wollen aber Steuersenkungen auf Pump. Das ist Ihre Logik, die Logik der FDP. Sie sind die Schutzheiligen der Reichen und der Menschen mit hohem Einkommen, aber Sie tun nichts für die anderen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Wir haben ein klares Angebot vorgelegt, wie sich beides zusammenbringen lässt. Aber Sie müssen sich mit Ihrer Klientel auch einmal bewegen.

Ich komme zum letzten Punkt. Um es klarzustellen: Der kalten Progression kann man entgegensteuern, aber dann muss an anderer Stelle etwas für einen Ausgleich getan werden. Das wissen Sie. Dazu sind Sie nicht bereit. Das ist Ihr Problem. Sie haben viele Bundesländer genannt, in denen es 2013 eine Netto-Neuerschuldung geben wird. Sie haben jedoch erstaunlicherweise zwei Bundesländer nicht genannt, in denen es 2013 eine massive Netto-Neuerschuldung geben wird: Das sind die Bundesländer Hessen und Niedersachsen. Dort ist die FDP maßgeblich an der Regierung beteiligt. Hören Sie auf und machen Sie sich erst einmal kundig, bevor Sie sich hier im Landtag äußern.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Karsten Klein (FDP):** Herr Kollege Halbleib, vielleicht ist Ihnen ein kleiner Rechenfehler unterlaufen: Bei den 200 Millionen Euro, die ich angesprochen habe, sind die Einnahmen durch Selbstanzeigen schon herausgerechnet; denn diese sind bereits behandelt worden. Deshalb kann man diesen Vergleich überhaupt nicht ziehen.

(Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen halte ich es für einen Ausdruck extrem schlechten Stils, dass Sie immer unterschwellig behaupten, dass wir Freien Demokraten Steuerhinterziehung begünstigen wollen. Das möchte ich entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der FDP)

Steuerhinterziehung muss strafrechtlich verfolgt und bestraft werden, das steht völlig außer Frage.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo ist die Antwort?)

- Die Antwort haben wir geliefert. Sie haben die Antwort abgelehnt, und zwar aus rein taktischen Gründen. Sie wollen keine Steuergerechtigkeit erreichen, Sie wollen nur Parteipolitik betreiben. Das ist Ihre Antwort auf die Probleme der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Thema kalte Progression. Kein Mensch in Deutschland wird Ihnen das Märchen noch glauben, dass Sie etwas gegen kalte Progression tun. Bringen Sie Ihre Haushalte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Schuss, dann werden wir mit der kalten Progression überhaupt keine Probleme haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Wenn wir uns wieder beruhigt haben, kann ich dem nächsten Redner das Wort erteilen. Ich warte so lange. – Danke schön, Herr Klein. Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich das, was ich heute und die ganze Woche über von der Opposition gehört habe,

(Volkmar Halbleib (SPD): Und vom Ministerpräsidenten!)

wenn ich das von der Opposition zum Haushalt Geäußerte noch einmal zusammenfasse, müsste man eigentlich glauben: Wir leben in einem armen, kaputten und schlechten Land. Meine Damen und Herren, Bayern ist das stärkste Land, das es in Deutschland gibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen, weder in Deutschland noch in Europa. Wenn heute jemand darüber redet, wo ein Musterland ist und wo ein Land ist, in dem finanzpolitisch Milch und Honig fließen, wo ein Land ist, an dem man sich orientieren muss, dann ist die Rede vom Freistaat Bayern, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In der Tat: Ich habe einen großen Ehrgeiz. Wissen Sie, welchen? Den Ehrgeiz, dass es noch besser wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir brauchen den Vergleich mit niemandem zu scheuen. Meine Damen und Herren, wir haben gerade in diesem Jahr den Akzent gesetzt, ja sogar den Aufbruch in eine neue Epoche der Fiskalpolitik unternommen. Die Basis bis vor einem Jahr bestand darin: Wir sind die Einzigen, die dauerhaft und langfristig keine Schulden machen. Ein Partner und ein starker Wettbewerber, den wir hatten, nämlich Baden-Württemberg, hat uns auf diesem Wege verlassen. Seit Grün-Rot regiert, meine Damen und Herren, ist die Schuldenpolitik in Stuttgart eingezogen, und damit sind wir die Einzigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommen in diesem Jahr, meine Damen und Herren, der Aufbruch und das Signal als Reaktionen auf internationale Entwicklungen. Die Schuldentilgung, mit der wir in diesem Jahr begonnen haben, werden wir fortsetzen. Ich darf schon sagen, dass ich der Finanzminister bin, der gemeinsam mit Unterstützung der Regierungsfractionen in diesem Jahr zum ersten Mal eine Milliarde getilgt hat.

Meine Damen und Herren, wir tilgen die Schulden nicht etwa nur, weil wir uns an Wahlterminen orientieren; wir tilgen die Schulden nicht nur, meine Damen und Herren, weil es uns wichtig ist, dass wir unseren Kindern keine Schulden als Erbe hinterlas-

sen; wir tilgen die Schulden auch nicht nur, weil es uns darum geht, Zinsen für Schulden zu reduzieren. Denken Sie einmal nach: Es gibt Bundesländer, in denen mittlerweile Schuldenzinsen fast die höchsten Etats bilden. Wer Schuldenzinsen zahlt, meine Damen und Herren, verschenkt und versenkt Geld der Steuerzahler. Das tun wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Ackermann zu?

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Nein. – Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, worin die eigentlich neue Qualität besteht? Wir spüren, dass der eigentliche Wettbewerb der Zukunft auf den Finanzmärkten stattfindet. Anstatt nur Sonntagsreden zu halten, zu klagen und in Matineen zu philosophieren, was man in der angelsächsischen und in der asiatischen Welt ändern müsste, gehen wir den Wettbewerb an. Die Schuldentilgung, meine Damen und Herren, ist die beste Voraussetzung, um sich gegen internationale Spekulanten zu wehren. Wir wollen Bayern unabhängig machen, und deswegen tilgen wir Schulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe meine Aufgaben in diesem Jahr ganz bewusst auf diesen Feldern Schuldentilgung und Haushaltskonsolidierung wahrgenommen.

Wir kommen heute Nachmittag noch dazu, aber ich möchte schon bemerken: Nach dreieinhalb Jahren schwierigster Verhandlungen mit der Europäischen Union haben wir die BayernLB stabilisiert. Dies geschah, während die WestLB, meine Damen und Herren, auf Kosten der Steuerzahler abgewickelt wird, während andere Banken, auch Landesbanken, nachkapitalisieren müssen und während andere Banken weiterhin Geld kosten. Das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Haushalt wurde konsolidiert. Die Landesbank, Herr Hallitzky, wurde auf einen sicher schwierigen Weg gebracht. Das ist keine Frage. Aber sie wurde auf den Weg gebracht.

Ein weiteres Argument wurde jahrelang geäußert. Heute Nachmittag werden wir darüber beraten; ich sage dazu nur einen Satz. Was haben wir gemacht? Wir haben allein in unserer Verantwortung nicht nur den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten beschlossen, sondern wir haben den Finanzausgleich auch gerechter gemacht. Denn wir sind die Ungleichgewichte im Land, die immer wieder kritisiert wurden, angegangen, ob mit Bedarfszuweisungen oder Stabilisierungshilfen. Wir stärken solidarisch die Schwächeren auf Kosten der großen. Dieser Beitrag ist in Deutschland einmalig. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als Finanzminister habe ich mich von Anfang an als Sachwalter der Beamtinnen und Beamten und des öffentlichen Dienstes verstanden. Ich bin allen, die daran mitgeholfen haben, sehr dankbar dafür, dass wir das Prinzip der Teilhabe und der Leistungsstärkung in diesem Doppelhaushalt verwirklichen können. Wo hat man in diesen Tagen sonst noch positive Stellenentwicklungen, zum Beispiel für die Bildung, Herr Kollege Eisenreich? Man schaue in Richtung Westen, nach Baden-Württemberg, was dort passiert. Wir setzen bei der Bildung die genau entgegengesetzten Akzente.

Der öffentliche Dienst hat in Zeiten großer Not in Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürgern einen großen Beitrag geleistet. Es ist deswegen nur gerecht, dass der bayerische öffentliche Dienst als einer der effizientesten, leistungsfähigsten und stärksten wieder unterstützt wird. Wir geben ein Signal zur Motivation und Unterstützung unserer Beamtinnen und Beamten und sagen ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir tun dies mit der Wiedereinführung der Leistungsbezahlung, der Beendigung der Absenkung der Eingangsbesoldung, der Übertragung des Wegfalls der Praxisgebühr auf die Beihilfe, der Arbeitszeitverkürzung und Beförderungen - von den 1.500 Stellenhebungen entfallen fast zwei Drittel auf die Steuerverwaltung -, der Rückführung der Wiederbesetzungssperre und und und. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, nicht von vornherein ein Jubler gegenüber der Staatsregierung, hat das als beachtliches Paket dargestellt, das bundesweit seinesgleichen sucht; er hat kürzlich in einer E-Mail geschrieben: Wir haben einen Finanzminister in Bayern, um den uns andere Länder beneiden. Dafür sage ich ein Dankeschön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN -  
Alexander König (CSU): Sehr richtig! Ganz genau!)

Sie sollten sich mit uns und den Finanzämtern freuen, dass wir neue Stellen schaffen in einer Zeit, in der wir im öffentlichen Dienst bewusst keine großen Ausweitungen wollen. Sie haben Vorschläge gemacht, den öffentlichen Dienst aufzublähen. Wir tun das nicht. Mit 200 neuen Planstellen bei den Finanzämtern, aufbauend auf den 500 Stellen, die wir im Doppelhaushalt 2009/2010 hatten, und 600 zusätzlichen Anwärterstellen wird sichergestellt, dass jeder ausscheidende Beamte ersetzt werden kann. Wir geben ein ganz klares Signal an die Steuerverwaltung.

Dass sich auch die als sehr kritisch bekannte und anerkannte Bayerische Finanzgewerkschaft in einem Flyer, den sie verteilt hat, ausdrücklich für den Einsatz für die Finanzverwaltung bedankt, ist ein positives Signal, das wir im Hohen Haus gerne wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außer um die Beamtinnen und Beamten kümmern wir uns auch um unser historisches Erbe. Bayern lebt von moderner Technologie, von Innovation, von Universitäten, von der Stärkung im Wettbewerb des Fortschritts, aber aufbauend auf einem festen Fundament. Die Menschen, die zu uns kommen, beneiden uns um die Natur, aber auch

um das historisch gewachsene, architektonische Erbe. Es freut mich sehr, dass wir auf verschiedene Bereiche verteilt, unsere Schlösser und Burgen gestärkt haben. Das ist nicht nur eine, sondern es sind viele. Ich nenne die Residenz in München, die Venusgrotte beim Schloss Linderhof – ein ganz wichtiges Erbe, das restauriert wird -, das Schloss Neuschwanstein, das Markgräfliche Opernhaus Bayreuth und endlich die Festung Marienberg in Würzburg.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Peter Winter (CSU): Bravo!)

Das zu kritisieren oder zu hinterfragen, wäre eine Versündigung am bayerischen Erbe. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit muss ich sagen: Wenn wir all das, was von Ihrer Seite kommt, unwidersprochen gelten lassen würden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dann würden wir der Unwahrheit Vorschub leisten. In der Pressestelle gibt es keine B-6-Stellen. Das Finanzministerium liegt mit den Ausgaben für seine Öffentlichkeitsarbeit unter den Ressorts an siebter Stelle. Vor uns liegen das Wissenschaftsministerium, natürlich die Staatskanzlei, das Kultusministerium, das Umweltministerium, das Landwirtschaftsministerium und sogar das Sozialministerium.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist der Bezugspunkt?)

Wenn hier kritisiert wird, wir würden zu viel ausgeben, dann muss ich sagen: Der Oberste Rechnungshof hat – das muss er auch tun, das wird er auch weiterhin tun – auch schon einmal Kritik am Mittelaufwand für die Öffentlichkeitsarbeit bei den GRÜNEN geübt. Die GRÜNEN haben daraufhin erklärt – ich zitiere -: "Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verursachen weitere Formen zeitgemäßer Zielgruppenansprache nun einmal ebenfalls finanzielle Mittel, die früher nicht oder nicht in gleichem Maße not-

wendig waren." Daran sollten Sie sich erinnern, meine Damen und Herren, wenn Sie so etwas behaupten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mich ärgert es, wenn Sie bei Orden und Ehrenzeichen sagen, das dürfe nicht sein.

(Zuruf von der CSU: Schäbig!)

Wir händigen den Bundesverdienstorden aus, das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten, Finanzmedaillen für Unternehmen in Bayern, die sich um die Finanzen verdient gemacht haben. In dieser Woche wurden großartige Persönlichkeiten von Weltmarktführern wie der Allianz oder der Münchner Rück ausgezeichnet. Wir verleihen neben diesem Spitzenbereich zusätzlich die Soldnermedaille an all die Feldgeschworenen, die tagtäglich zum Teil ehrenamtlich arbeiten. Die haben es verdient, ausgezeichnet zu werden. Das sollte nicht kritisiert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich sage jetzt noch ein paar Sätze zur Steuerpolitik. Das sind alles Themen, die kann man auch ein anderes Mal diskutieren. Ich finde aber bemerkenswert, was hier gesagt wird. Seit Wochen und Monaten herrscht international die große Sorge, wie es mit der Konjunktur weitergeht. Alle in Europa schauen auf Deutschland und sagen: Deutschland muss leistungsfähig bleiben. Warum? – Weil Deutschland die größten Lasten zu tragen hat. Im Prinzip möchte jeder, dass Deutschland noch mehr Lasten trägt. Deswegen brauchen wir eine starke Konjunktur. Also müssen wir uns überlegen, was wir tun können, um die Konjunktur zu stärken.

In Bayern tun wir alles dafür; denn mit den höchsten Investitionsquoten in den westdeutschen Ländern in Wissenschaft, Wirtschaft, Technologie und Bau setzt Bayern Signale wie kein anderes Bundesland. Die anderen Länder geben Geld für Zinsen aus; wir geben Geld für Dividenden aus, für die Menschen und für die Arbeitsplätze in Bayern. Das ist die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und was tun wir national? – National führen wir derzeit eine Debatte über Steuererhöhungen. Die einen sprechen von Gerechtigkeit, andere sagen, das sei eher Steuerneid. Sie können beobachten, wie mühsam sich nach Monaten die verfassungsrechtlich gebotene und sozialpolitisch von allen gewünschte Anhebung des Grundfreibetrags auf den letzten Metern durch den Vermittlungsausschuss schleppen muss, wie die energetische Sanierung, die auch ökologisch wichtig ist, blockiert wird. Die Verringerung der kalten Progression ist keine Steuererleichterung für die Reichen, sondern Motivation für die Mittelschicht. Sie wird blockiert. Ich weiß nicht, in welche Richtung wir wollen.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt wird nicht mehr nur blockiert, sondern sogar der Wunsch geäußert, noch eins draufzusetzen, und zwar nicht nur für einige, meine Damen und Herren, sondern nach den Parteitagsbeschlüssen von SPD und GRÜNEN sollen für viele die Steuern erhöht werden. Zucker im Kaffee ist gut und süß; Zucker im Tank führt dazu, dass der Motor stottert. Steuererhöhungen in Deutschland wären die größte Konjunkturbremse. Sie würden Arbeitsplätze vernichten. Das geht mit uns nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Hallitzky, ich habe beim Bayerntarif nur das vorgeschlagen, was die Bundesbank vorgegeben hat. Die Bundesbank hat in ihrem Monatsbericht ausgeführt, dass viele Länder, egal von wem sie regiert werden, mehrheitlich übrigens von Rot-Grün, Probleme haben werden, die Schuldenbremse und den Fiskalpakt nach 2014 einzuhalten. Deswegen schlägt die Bundesbank zur Verbesserung der Einnahmesituation Zu- und Abschläge bei den Steuern vor. Dies greifen wir auf und sagen: Wenn die Verantwortlichen in NRW Steuern erhöhen müssen oder wollen und man in Baden-Württemberg Vermögens- und Erbschaftsteuer nach oben setzen will, warum sollen denn dann die Bayern, die ohnehin im größten Maße Solidaritätsleistungen für andere

bezahlen – wir müssen in den nächsten beiden Jahren 8 Milliarden Euro veranschlagen; das wären 150.000 Lehrer, 400.000 Krippenplätze oder über 3.700 Kilometer Straße –, die ganzen ideologischen Tests der anderen mitmachen? Ich habe kein Problem damit: Lassen Sie in Stuttgart, Nordrhein-Westfalen und anderswo die Steuern erhöhen, wir senken sie und reduzieren, damit wir stark werden. Das ist der Praxistest.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir von den Regierungsfractionen werden unseren Weg gemeinsam so weiter gehen, wie wir es bisher gemacht haben. Wir sind auf einem guten Pfad. Ich sage an dieser Stelle mein herzliches Dankeschön meinem Staatssekretär Franz Pschierer für seinen großen Einsatz auf vielen Feldern. Lieber Franz, dir persönlich ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und Georg Winter – wir sind oftmals in einem sportlichen Verhältnis miteinander – ein Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Frühjahr müssen wir gemeinsam noch über einen Punkt reden, nämlich die Frage, ob wir nachsteuern, obgleich ich heute aus meiner Sicht sagen möchte – wir haben schon Anfang der Woche darüber diskutiert –: Ich finde es sehr wichtig, dass wir über weitere Schuldentilgungen reden, aber auch über Investitionen. Allerdings sollten wir in einem Punkt aufpassen: Wir dürfen nicht nur darüber reden, wie wir große, neue Pakete schnüren können, sondern wir müssen auch vorhandene Strukturen weiter stärken. Ich persönlich meine, dass Abfinanzierungen ein wichtiger Beitrag sind. In diesem Punkt hat mich Georg Winter überzeugt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich: Wir Bayern wissen, dass wir im Moment stark sind. Wir wissen aber auch, dass Krisen kommen können. Deswegen ist es wichtig, allen zu danken und mitzuhelfen. Ich sage ausdrücklich an dieser Stelle auch der FDP ein Dankeschön, und zwar sowohl den Kollegen im Kabinett als auch Karsten Klein. Auch seine Rede vorhin hat belegt, dass wir als Koalition zum Wohle Bayerns gut zusammenarbeiten. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sagen Dankeschön den Menschen in Bayern, den Unternehmern, den Mittelständlern und allen, die dazu beitragen, dass wir überhaupt über solche Haushaltsmittel verfügen können. Wir versuchen Rahmenbedingungen zu setzen, aber die eigentliche Leistungskraft wird erreicht durch die Tausende von Menschen, die gewissermaßen als Helden des Landes in sozialen Berufen, in wissenschaftlicher Tätigkeit, als Mittelständler oder Handwerksmeister dafür sorgen, dass Bayern so stark wird. Dafür auch ein aufrichtiges Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind stark und wir wollen stark bleiben – in guten wie in schlechten Zeiten. Der Ehrenbürger der Stadt Nürnberg, den ich persönlich sehr verehere, Dr. Oscar Schneider, hat mir öfter auf den Weg mitgegeben, man solle in guten Zeiten nicht übermütig werden und in schlechten Zeiten – das ist mein genereller Leitspruch - Ruhe bewahren, Haltung zeigen und Pflichten erfüllen. Das ist mein Motto.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Herr Kollege Halbleib hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Die Inszenierung war wahrscheinlich anders gedacht, aber nur ein geschwächter Finanzminister braucht eine solche Demonstration, wie wir sie gerade erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wahrscheinlich, Herr Finanzminister, haben sich während Ihrer - -

(Unruhe)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Halbleib, wir warten so lange, bis sich das Plenum beruhigt hat, dann können Sie reden.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Der Beifall kann nur eines von beiden gewesen sein: Entweder war er eine wichtige Stärkung für den Finanzminister oder eine Misstrauenserklärung für den Ministerpräsidenten, der genau das Gegenteil gesagt hat.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn sich der Finanzminister während seiner Rede selbst beobachtet hätte, dann hätte er feststellen müssen, dass er kein einziges Mal hier herübergeschaut hat. Es handelte sich um eine Rede an die eigene Fraktion. Das zeigte Ihre Körpersprache.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gehört schon sehr viel Chuzpe dazu, sich als Vertreter einer Regierungsfraktion, die 10 Milliarden Euro an Neuverschuldung zu verantworten hat, hier als großen Schuldentilger darzustellen. In Bezug auf die Beamten sage ich nur eines: Die CSU hat jetzt die Probleme gelöst, die ohne sie gar nicht entstanden wären.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat in Bezug auf das konjunkturelle Risiko durch die Euro-Krise eines vergessen: Er selber war das größte Konjunkturrisiko, weil er es im Sommer permanent mit unsäglichen Äußerungen in Bezug auf Griechenland befeuert hat.

Diese Äußerungen sind mittlerweile vom Ministerpräsidenten und der CSU kassiert, aber es ist dennoch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein letztes Wort zu Baden-Württemberg. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wenn Bayern die Summen an die Kommunen leisten würde, die Baden-Württemberg leistet, und wenn Bayern in Bezug auf die Pensionsvorsorge das machen würde, was Baden-Württemberg macht, sähe es anders aus.

(Georg Schmid (CSU): Sie waren noch gar nicht in Baden-Württemberg!)

Im vergleichbaren Fall würde Baden-Württemberg auf eine Nettokreditaufnahme komplett verzichten können und noch 1,6 Milliarden Euro Schulden zurückzahlen können. Baden-Württemberg macht aber etwas für die Kommunen und die Pensionsvorsorge.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister Dr. Söder, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Nur ein Punkt zum Thema Euro – sonst habe ich alles beantwortet. Ich will da nur eines sagen: Ich erinnere mich an Vorschläge während des ganzen Jahres.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Entschuldigung, dass ich nicht zu Ihnen rüberschaue; ich weiß ja, was Sie denken.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei der Opposition - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was Herr Seehofer meinte! - Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was war denn im Jahr 2012, als es um die Eurofrage ging, der politische, internationale Beitrag der deutschen Sozialdemokratie?

(Georg Schmid (CSU): Die Parisreise! - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist unsäglich!)

Lassen Sie mich das rekapitulieren, damit sich die Bürgerinnen und Bürger im Land daran erinnern dürfen. Meine Damen und Herren, vor der Sommerpause ging es darum, dass viele Länder Europas vorgeschlagen haben, man sollte doch am besten die europäische Schuldenproblematik dadurch lösen, dass man alle Schulden Europas zusammenschmeißt und dann sauber teilt, sodass jeder das Gleiche hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und genau das hat die CSU gemacht!)

- Hören Sie zu, schauen Sie da rüber, Herr Rinderspacher!

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei Opposition – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das hätte bedeutet, dass Deutschland auf einen Schlag für die Schuldenmacherei in anderen Ländern verantwortlich und mit haftbar geworden wäre.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was die CSU meint!)

Diesem Vorgang setzten die drei von der SPD, Steinbrück, Steinmeier und Gabriel, die Krone auf, indem sie nach Paris zu einem EU-Gipfel gefahren sind und beim französischen Präsidenten dafür geworben haben, dass er in Europa gegen die deutsche Bundeskanzlerin Stimmung macht. Das ist ein einmaliger Vorgang, und das war Ihr Beitrag, den Sie geleistet haben, sonst nichts.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Unterstes Niveau! - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was Herr Seehofer meinte.)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Rinderspacher, bitte schön, lassen Sie doch jetzt Frau Kollegin Ackermann reden. Sie hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zuruf von der CSU: Jetzt wird es spannend!)

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Staatsminister Dr. Söder! Bei meinen behavioristischen Studien Ihrer Rede ist mir aufgefallen,

(Zurufe von der CSU: Oho!)

dass Sie während Ihrer gesamten Rede der Opposition permanent den Rücken zudreht haben.

(Lachen bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, da tauchen bei mir zwei Fragen auf.

(Zuruf von der CSU: Die hat Probleme! – Lebhaftige Zurufe von der CSU und der FDP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Staatsminister, wollten Sie in Abwesenheit des Ministerpräsidenten bei der Regierungskoalition Vertrauen zurückgewinnen,

(Lachen bei der CSU)

was anschließend auch mit dem gegen Seehofer gerichteten Applaus bestätigt wurde? Oder geht es mehr nach dem Prinzip, frei nach Pythagoras,

(Lachen bei der CSU und der FDP)

Egozentriker bemerken nicht, wenn Sie jemandem den Rücken zudrehen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort, bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Da fällt mir jetzt eigentlich nix ein, selbst wenn ich mich bemühe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD):  
Und dafür gibt es dann Applaus! )

Das ist der Unterschied zwischen Regierung und Opposition; das muss vielleicht auch so sein: Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur einem applaudieren, sondern wir applaudieren Bayern, weil wir uns diesem Land gegenüber in der Verantwortung sehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Zuruf von der SPD: Lauter Opportunisten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich fahre erst fort, wenn sich das Auditorium beruhigt hat. – Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13794 mit 16/13805 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14996 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt über den zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag auf Drucksache 16/13800 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/13800 betreffend "Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD

und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/14996 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 06 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.46 bis 10.51 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Zwischenzeitlich fahren wir in der Tagesordnung fort.

(...)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bevor wir fortfahren, möchte ich zum Tagesordnungspunkt 15 zurückspringen und Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06, Staatsministerium für Finanzen, bekannt geben. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 60, Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß unserer Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Wer dem allem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –  
Stimmenthaltungen? – Damit stimmt das gesamte Hohe Haus zu. Der Einzelplan 06  
ist so beschlossen. Die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 15 sind beendet.



